

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 8. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 20. März 2013
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18:00 – 22.00 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
 Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
 Ines Weihrauch, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack, Jürg Vogt, Juliana Weber Killer

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
 18.10 Uhr 37 Anwesende = 25
 21.30 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes für die **Geschäftsprüfungskommission**,
 anstelle der zurückgetretenen Kathrin Gürtler, FDP,
 für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
 Wahlvorschlag: Jürg Vogt Geschäft 4130
 2. Wahl eines Mitgliedes für die **Geschäftsprüfungskommission**,
 anstelle des ausgetretenen Roland Naef, FDP,
 für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
 Wahlvorschlag: Kathrin Gürtler Geschäft 4125
 3. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes für die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**,
 anstelle des ausgetretenen Roland Naef, FDP,
 für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
 Wahlvorschlag: Susan Vogt Geschäft 4126
-

4. Wahl eines Mitgliedes für die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle der zurückgetretenen Kathrin Gürtler, FDP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Markus Gruber Geschäft 4131

5. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes für die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle des ausgetretenen Roland Naef, FDP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Kathrin Gürtler Geschäft 4127

6. Bericht des Gemeinderates vom 06.02.2013, betreffend **Einreichung der formulierten Gemeindeinitiative betreffend „Ausfinanzierung der Basellandschaftliche Pensionskasse“**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4117

7. Bericht des Gemeinderates vom 16.01.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 24.02.2013, und Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 04.03.2013, betreffend **Schulanlage Gartenhof mit Sportplatzweiterung im Brüel**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4099 / A / B

8. Bericht des Gemeinderates vom 02.05.2012, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, vom 24.10.2012, betreffend **Revision Zonenreglement und Zonenplan „Landschaft“**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4068 / A

9. Bericht des Gemeinderates vom 27.02.2013, zum Postulat von Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion, vom 25.01.2012, betreffend **Massnahmen gegen den Schleichverkehr in den Quartieren**
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4051 / A

10. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 16.01.2013, betreffend **Armutsbericht**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4118

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 8 vom 20. März 2013

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung vom 20. März 2013.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich konnte Juliana besuchen. Sie hatte letzten Mittwoch überraschend einen Herzinfarkt, sie hat zwei Bypässe. Es geht ihr den Umständen entsprechend sehr gut und ist jetzt in der Reha. Wir wünschen ihr alles Gute.

Rolf Adam, Präsident: Wir sind froh, wenn bei den Abstimmungen die Karten so lange oben bleiben, bis unsere Stimmzähler das grüne Licht geben, dass die Resultate angekommen sind. Mir liegt ein Postulat von der GLP/BDP-Fraktion vor in Sachen Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung bezüglich Palliativmedizin bzw. Palliativ-Care in der Gemeinde Allschwil. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig versendet. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall, wir fahren also gemäss der Traktandenliste fort.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes für die Geschäftsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Kathrin Gürtler, FDP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Jürg Vogt, Geschäft 4130

Rolf Adam, Präsident: Ein Wahlvorschlag liegt vor, Jürg Vogt. Gibt es andere Wahlvorschläge?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte keinen neuen Wahlvorschlag machen, sondern allgemein zu den Wahlgeschäften ein Wort sagen. Wir von der FDP-Fraktion sind darum bemüht, fähige Leute für die einzelnen Kommissionen vorzuschlagen, damit dort die bestmögliche Arbeit geleistet werden kann. Das hat auch bedingt, dass ich von meinem Kommissionssitz zurückgetreten bin und in anderer Funktion in andere Kommissionen gegangen bin. Ich bitte Sie, unserem Wahlvorschlag zu folgen.

Rolf Adam, Präsident: Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Jürg Vogt wird in die GPK für die laufende Amtsperiode gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes für die Geschäftsprüfungskommission,
anstelle des ausgetretenen Roland Naef, FDP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Kathrin Gürtler, Geschäft 4125

Rolf Adam, Präsident: Mir liegt ein Wahlvorschlag vor, Kathrin Gürtler. Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten?

://:

Kathrin Gürtler wird somit für die laufende Amtsperiode gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission,
anstelle des ausgetretenen Roland Naef, FDP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Susan Vogt, Geschäft 4126

Rolf Adam, Präsident: Mir liegt ein Wahlvorschlag vor, Susan Vogt. Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Susan Vogt für die laufende Amtsperiode gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Mitgliedes für die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen,
anstelle der zurückgetretenen Kathrin Gürtler, FDP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Markus Gruber, Geschäft 4131

Rolf Adam, Präsident: Mir liegt ein Wahlvorschlag vor, Markus Gruber. Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Markus Gruber gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes für die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen,
anstelle des ausgetretenen Roland Naef, FDP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Kathrin Gürtler, Geschäft 4127

Rolf Adam, Präsident: Mir liegt ein Wahlvorschlag vor, Kathrin Gürtler. Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Kathrin Gürtler gewählt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 06.02.2013, betreffend
Einreichung der formulierten Gemeindeinitiative betreffend
„Ausfinanzierung der Basellandschaftliche Pensionskasse“
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4117

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wie Sie alle wissen, muss die Basellandschaftliche Pensionskasse saniert werden. Dies aufgrund von bundesgesetzlichen Bestimmungen. Entsprechend liegt im Kanton eine Vorlage über die Sanierung der Pensionskasse vor vom 19. Juni 2012. Wir haben dort enorm viele Auflagen neu zu erfüllen. Das hat für das Gemeinwesen und den Kanton, aber vor allem für die Gemeinde, hohe Auswirkungen. Sie konnten das im Arbeitspapier sehen, welches wir Ihnen abgegeben haben. Wir reden von CHF 2'320'000'000, die bezahlt werden müssen zur Sanierung oder zur Reform der Pensionskasse. Die Gemeinde Allschwil ist bei dieser Pensionskasse auch angebunden. Insgesamt sind alle 86 Gemeinden bei der Kasse dabei, aber auch noch andere angeschlossene Arbeitgeber. Auf diese Gemeinden und die anderen übrigen angeschlossenen Arbeitgeber entfallen CHF 1'251'000'000, welche bezahlt werden müssen. Der Schwerpunkt dieser Reform, das konnten Sie dem Arbeitspapier entnehmen, sind die Vollkapitalisierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, also der Deckungsbeitrag von 77% auf die vorgeschriebenen 100% anzuheben, und die Staatsgarantie aufzuheben. Das andere ist der Übergang vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat. Die BLPK wird umgewandelt in eine Sammeleinrichtung und es gibt noch weitere Themen, welche über das Bundesrecht zur Anwendung gebracht werden müssen, zum Beispiel der Entscheid, ob man voll- oder teil-kapitalisieren möchte. Welche Konsequenzen hat dies für uns?

Wir haben eine Deckungslücke und diese Deckungslücke muss bezahlt werden. Wir haben Umstellungskosten, indem wir auf die neuen Zahlen der eidgenössischen Versicherungskasse abstellen, VZV, weil das Alter aktuell immer mehr in die Höhe geht und gleichzeitig der technische Zinssatz nicht mehr so erreicht werden kann wie früher, indem wir bei diesem Zinssatz auf nur noch 3% kommen, den Wechsel wegen der Berücksichtigung der Demographie mit den aktuellsten Versicherungsgrundlagen für öffentliche Pensionskassen und gleichzeitig die Reduktion des technischen Zinssatzes. Wir haben den Auskauf der Rententeuerung. Bisher hatten wir die Teuerung auf den Renten, aber woher man das Geld genommen hat, um diese Teuerung zu bezahlen, wusste man nicht. Man hat das in der Kasse querfinanziert. Neu muss die Rententeuerung voll durch die Kasse finanziert werden. Wir haben den Besitzstandsausgleich. Es gibt einen Primatswechsel und dieser führt dazu, dass versteckte Solidaritäten verschwinden, weil in Zukunft jeder für sich selber spart. Durch den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat kann für den einen oder anderen eine Finanzierungslücke entstehen, und auch die muss bezahlt werden. Sie haben die Modelle gesehen für den Wegkauf der Deckungslücke. Es geht um CHF 1'250'000'000, diese sollen in den nächsten 40 Jahren amortisiert und mit 3% verzinst werden. Der Kanton löst dies so, indem er sagt, dass er ein Darlehen gegenüber der Kasse stehen lässt. Er verzinst das Darlehen mit dem technischen Zinssatz von 3% und amortisiert dies auf 40 Jahre. Das ist eine mögliche Lösung. Wir haben dort Freiheiten und können in der Gemeinde Allschwil selber eine Lösung finden. Wir können diese Lösung so treffen, wie wir sie für richtig befinden, das gilt auch für alle anderen Gemeinden. Fakt bleibt für die Gemeinde Allschwil, dass wir die Deckungslücke für Aktive, für Rentner, die Umstellungskosten, welche ich eben erklärt habe, plus die Reduktion des technischen Zinssatzes ausfinanzieren, die Rententeuerung und den Besitzstandsausgleich wegen dem Wechsel zum Leistungs- zum Beitragsprimat. Dies bedeutet, Stand 31.12.2011, für die Gemeinde Allschwil CHF 42'286'000. Das ist ein unglaublich hoher Betrag. Wenn wir jetzt das Modell des Kantons übernehmen und diesen Betrag auf 40 Jahre stehen lassen würden und amortisieren und zu einem Zinssatz von 3% verzinsen, dann würde uns die Pensionskasse am Schluss CHF 73'172'000 kosten. Wir haben dies im Finanzplan bereits berücksichtigt. Sie können sich vorstellen, dass in der laufenden Rechnung mit CHF 1'829'000 jedes Jahr ein Loch entsteht wegen der Ausfinanzierung der Pensionskasse. Die Frage ist, welche Wahlmöglichkeit die Gemeinde Allschwil hat. Es gibt verschiedene Finanzierungsmodelle. Wir haben jetzt die Möglichkeit, dies unterschiedlich zu lösen. Man kann alles auf einmal bezahlen, wenn man es hat. Wir können auch einen Teil bezahlen und den restlichen Teil amortisieren, zum Beispiel in 10 Jahren anstatt in 40 Jahren,

hier haben wir Handlungsfreiheit. Wir haben auch die Möglichkeit bei den Besitzstandsregelungen eigene Lösungen zu treffen. Wir können insbesondere auch entscheiden, wie weit im Sinne der Lastensymmetrie der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin sich daran beteiligen müssen. Wir könnten auch einen Teuerungsfonds einrichten usw. Die Handlungsfreiheiten sind grundsätzlich positiv. Die Handlungsfreiheiten haben 86 Gemeinden im Kanton und das hat die Gemeinden dazu bewogen, zusammensitzten und sich abzusprechen, ob es sinnvoll ist, dass jede Gemeinde seine eigene Lösung hat, oder ob es nicht sinnvoll wäre, den Auskauf der Deckungslücke zentral über den Kanton zu realisieren. Ich weiss, dass es da einige Zielkonflikte gibt und die wurden uns auch bereits deutlich kommuniziert. Auf der einen Seite plädieren die Gemeinden für die Autonomie und möchten ihre eigenen Lösungen haben. Jetzt bei diesem Thema sagt man, dass der Kanton dies lösen soll und man eine zentrale Lösung möchte. Es gibt einen Zielkonflikt. Trotz allem sind die Gemeinden zur Meinung gekommen, dass es Sinn macht, wenn man die Finanzierung über den Kanton regeln würde. Dies mit ein paar Argumenten, die Sie der Vorlage entnehmen konnten. Das kann für ein Gemeinwesen enorme finanzielle Belastungen zur Folge haben, welche zu Steuererhöhungen führen. Bei uns sind die CHF 1'800'000 rund 3 Steuerprozent, das ist ein hoher Betrag. Hier wird es einzelne Gemeinden geben, die das problemlos bezahlen können und andere haben sehr grosse Probleme. Man hat Angst vor einem Steuerkampf unter den Gemeinden und vor dem Gefälle von reichen und armen Gemeinden, welches sich schneller entwickeln würde. Es würde die einzelnen Gemeinden auch stark in der Entwicklungs- und Investitionsmöglichkeit einschränken. Die Idee, die dahinter steckt, ist diese, dass wir den Verwaltungsaufwand möglichst reduzieren für jede einzelne Gemeinde, und eine zentrale Lösung mit dem Kanton anstreben. Wir müssten nicht 86 Mal in jeder Gemeinde über die Ausfinanzierung der Deckungslücke abstimmen. Wir haben das im Gemeinderat auch sehr kontrovers diskutiert. Wir müssen uns auch für ein neues Vorsorgemodell für die Zukunft entscheiden. Welche Vorsorge wollen wir für unser Personal. Wir haben verschiedene Möglichkeiten und müssen nicht unbedingt dem Schema des Kantons folgen. Bei der Pensionskasse sind angeschlossene Arbeitgeber, die nicht zwingend auf das angewiesen sind, dass der Kanton ihre Pensionskasse ausfinanziert. Es sind nicht Gemeinden, welche dann halt auch davon profitieren als angeschlossene Arbeitgeber. Die Initiative unterscheidet nicht, welche angeschlossenen Arbeitgeber es sind, sondern es ist von allen angeschlossenen Arbeitgebern die Rede. Dies kann dazu führen, dass auch für Spitex, Alterszentren, Kirchgemeinden etc. bei der Kasse eine massive finanzielle Belastung verhindert werden kann, wenn man es so löst. Auch Kirchgemeinden sind vielfach bei der Kasse angeschlossen. Es gibt natürlich solche, die bei der BLPK angeschlossen sind, welche von dieser Initiative profitieren. Diejenigen Spitex, Alterszentren oder allenfalls Landeskirchen, welche nicht bei der Kasse angeschlossen sind, profitieren davon dann allerdings nicht. Da gäbe es eine gewisse Ungleichbehandlung der verschiedenen Institutionen. Wichtig für mich ist, dass wir letztendlich auf jeden Fall eine Volksabstimmung durchführen müssen. Wenn wir einen Vorsorgeplan für die Zukunft für unser Personal bestimmen, dann werden wir sowieso eine Volksabstimmung haben. Wir werden mit einer paritätischen Kommission arbeiten und im Einwohnerrat die entsprechenden Reglemente verabschieden. Letztendlich wird es zu einer Volksabstimmung kommen. Es ist nicht das oberste Ziel, eine Volksabstimmung zu vermeiden. Das oberste Ziel ist es, über den Wegkauf der Deckungslücke eine einheitliche Lösung im Kanton zu realisieren. Was braucht es, damit eine Gemeindeinitiative zustande kommt? Das ist relativ wenig, das sind fünf Gemeinden. Mittlerweile haben mehr als fünf Gemeinden bereits ja gesagt, es sind zurzeit über 10 Gemeinden, ich habe nicht gezählt, wie viele es aktuell sind, die bereits ja gesagt haben. Die Initiative ist bereits zustande gekommen. Unsere Benchmark-Gemeinden, wenn ich das so sagen darf, Binningen und Reinach, haben ebenfalls ja gestimmt. Insgesamt haben 42 Gemeinden grundsätzlich ihre Unterstützung zugesichert zu dieser Initiative. Sie sehen, wir sind hier im Boot mit den zustimmenden Gemeinden, ansonsten hätte es Ihnen der Einwohnerrat nicht zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, die Volksabstimmung so zu unterstützen.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir haben das in unserer Fraktion auch sehr kontrovers diskutiert. Wir sind zu einem sehr kontroversen Resultat gekommen, indem genau die Hälfte der Fraktion dafür und die Hälfte der Fraktion dagegen sind. Ich vertrete jetzt hier den Teil, der dafür ist. Für den befürwortenden Teil der Fraktion ist es wichtig, dass es über den Kanton läuft und alle das gleiche haben, damit die 86 Gemeinden nicht abstimmen müssen. Es ist eine sinnvolle und einfache Lösung. Es gibt eine Kröte, die man schlucken muss, indem Nicht-Regierungsorganisationen dabei sind. Eine offizielle Kirche ist dabei und die andere nicht. Das ist nicht gerecht, sie hat Pech gehabt. Von linker Seite ist zu schlucken, dass die Wirtschaftskammer dabei ist, welche wir damit auch sponsern. Sie kommt gratis und franko in diesem Modell zu einer neuen Pensionskassenregelung und Ausfinanzierung. Die Vorteile überwiegen klar, dass es mit einem grossen Schnitt gemacht werden kann. Basel-Stadt hat es vor drei Jahren auch

vorgemacht, wie es der Kanton ausfinanziert. Ich bin auch Angestellter bei Basel-Stadt und wir müssen dies mitzahlen. Ich habe grössere Abzüge für die nächsten zehn Jahr. Das macht mich nicht happy, aber das stimmt für mich und es ist gerecht. Ein Teil der Fraktion ist dafür.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Ich finde es toll, dass diese Gemeindeinitiative sehr gut vorbereitet wurde. Es ist eine Augenwischerei, wir bezahlen dies trotzdem alles selber, ob mit der Kantonssteuer oder mit der Gemeindesteuer, wir bezahlen es selber. Allschwil müsste pro Jahr, wenn es nach dem Kanton geht, CHF 1'830'000 bezahlen oder diese CHF 73'000'000 in 40 Jahren. Diese CHF 73'000'000 kommen mir irgendwie bekannt vor. Eine Gemeindeinitiative ist etwas Positives. Anstatt 86 Abstimmungen in jeder Gemeinde, das dauert lange, haben wir eine oder zwei Abstimmungen, welche im Kanton stattfinden. Das Verfahren ist positiv und würde schneller gehen. Wir möchten die Pensionskasse stärken oder zumindest erhalten. Es gibt viel ärmere Gemeinden, welche sich dies nicht leisten können. Bei Allschwil weiss ich es nicht, wir haben nicht so viel Geld, aber es gibt noch viele ärmere Gemeinden, die damit Mühe haben. Es ist ein Beispiel des Kantons von schlechtem Wirtschaften, man sollte davon etwas lernen. Wenn wir dies nun 40 Jahre weitermachen mit dem Kanton, dann weiss ich nicht, ob etwas daraus gelernt wurde. Wir reden von der Pensionskasse, die uns über CHF 70'000'000 kostet. Beim nächsten Traktandum reden wir auch über etwas, das über CHF 70'000'000 kostet. Wir können uns nicht beides leisten. Die Fraktion EVP und Grüne unterstützt die Gemeindeinitiative.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Unsere Fraktion hat den Bericht mit grossem Interesse gelesen. Er ist sauber ausgearbeitet und verständlich. Wir denken, dass die Gemeindeinitiative den Ablauf der Ausfinanzierung der BLPK vereinfachen wird. Man kann lange Verwaltungswege einsparen und wir finden darum die Idee einer zentralen Finanzierungsform sehr prüfenswert. Bevor ich sage, dass unsere Fraktion dem grossmehrheitlich zustimmt, möchten wir wissen, was genau passiert, wenn der Kanton die Steuern erhöht, also nur der Kanton, und die Gemeinden, weil sie ihren Steuerfuss in Prozenten der Staatssteuer festlegen, indirekt zu Gratissteuererhöhungen kommen, absolut gesehen. Wie wird das genau gehandhabt? Kann der Gemeinderat dazu etwas sagen?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Du hast die Antwort bereits gegeben auf diese Frage. Man geht davon aus, dass anstatt 86 Gemeinden die Steuern erhöhen oder ein Grossteil dieser Gemeinden, der Kanton mit diesem Thema konfrontiert wird. Wenn der Kanton seinen Steuersatz erhöht und wir 58% der Kantonssteuer haben, dann ist es klar, dass wir es auch mitzahlen. Es wurde von Herrn Breitenstein schön gesagt, es ist klar, dass wir es schlussendlich bezahlen. Die Deckungslücke können wir nicht zum Verschwinden bringen. Am Schluss müssen wir sie bezahlen. Es stellt sich die Frage, ob wir sie als Kantonsbürger und damit auch als Gemeindebürger bezahlen, oder ob wir sie nur als Gemeindebürger bezahlen werden. Das ist natürlich ein Thema.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin mir nicht sicher, ob ich richtig verstanden wurde. Wenn der Kanton die Steuern erhöht und der Kanton für die Ausfinanzierung aufkommen muss, dann muss die Gemeinde faktisch nichts mehr daran bezahlen. Ist das richtig?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Für die Ausfinanzierung nicht mehr, als Gemeindewesen. Aber als Steuerzahler schon.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Genau, als Steuerzahler. Aber die Gemeinde nimmt faktisch die 58% ein, welche absolut steigen, weil der Kanton die Steuern erhöht hat.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ja, das ist richtig, die 58% sind dann inhaltlich mehr als heute.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Ja genau, und das muss die Gemeinde nicht an den Kanton weiterleiten, sondern kann es für sich behalten. Das ist faktisch für den Steuerzahler schlechter.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das ist ein Argument, welches man sich überlegen muss, das hatten wir bis jetzt nicht. Grundsätzlich stimmt dieser Mechanismus. Die Gemeinde kann natürlich dann den

Steuerfuss selber wieder anpassen und hätte damit eine Entlastung. Das ist eine gute Überlegung, wir haben das bisher nicht diskutiert.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion schliessen uns der Gemeindeinitiative ebenfalls an. Wir sehen einen grossen Vorteil darin, dass alles zentral reguliert werden kann und nicht via 89 Gemeinden.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: In der FDP-Fraktion sind wir zum Schluss gekommen, dass wir grundsätzlich der gemeinsamen Initiative zustimmen werden, weil es kanalisiert, übersichtlicher und schlussendlich effizienter sein wird, als wenn 86 Gemeinden etwas einzeln machen. Es stellt sich auch die Frage nach dem Know-how, ob die Gemeinden das haben und ob sie das innert kürzester Frist bereitstellen können. Den Steuer-Mechano haben wir uns auch überlegt. Wenn der Kanton mit den Steuern hochgeht, dann hätten wir gerne, dass die Steuerbelastung für die Einwohner der Gemeinde Allschwil gleich bleibt. Mich würde interessieren, wie hoch der Deckungsgrad heute der Basellandschaftlichen Pensionskasse ist. Die Anlagen dürften mittlerweile wieder gestiegen sein, also der Deckungsgrad sollte nicht mehr so weit unten sein wie 2011.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Meines Wissens sind wir von 72% auf 77% Deckungsbeitrag gekommen, also deutlich unter 100%. Aber auch 100% machen nicht restlos glücklich, eigentlich bräuchten wir noch eine Wertschwankungsreserve von rund 12%. Und dann bräuchten wir einen Deckungsgrad von 112%, den haben wir aktuell nicht. Da kommen grosse Herausforderungen auf uns zu. Wir reden jetzt nur über das Verhältnis Gemeinde/Kanton. Wir reden nicht über das Verhältnis Gemeinde/Kasse. Die Wahl der Vorsorgepläne oder die Kündigung vielleicht der heute bestehenden Vereinbarungen etc. gehen den normalen Weg. Der gesetzte Termin der Inkraftsetzung per 1.1.2014 wird durch die Gemeindeinitiative nicht in Frage gestellt. Hier geht es um das Verhältnis von Kanton und Pensionskasse. Die Gemeindeinitiative verzögert grundsätzlich das Inkrafttreten der Revision für den Kanton per 1.1.2014. Ob der Kanton am 1.1.2014 bereit ist, ist eine andere Frage. Ich sehe, Herr Schmassmann ist hier. Wir müssen am Ball bleiben und Lösungen suchen auf den 1.1.2014, und da sind wir auch dran.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist auch für die Gemeindeinitiative. Bezüglich den Fragen, die vorhin aufgetaucht sind zu den 58%, sind wir hier drin gefordert, die Steuern anzupassen und die 3% runter zu gehen. Dann haben die Gemeinden nicht mehr und nicht weniger, aber da werden wir gefordert sein. Bei der Budgetdebatte müssen wir die 3% runtergehen und dies nicht oben behalten, sonst würde die Gemeinde mehr Geld erhalten. Wenn man es frühzeitig richtig anpasst, passiert dies nicht.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bin Mitglied des Kirchenrates der Christkatholischen Kirchengemeinde in Allschwil, eine Landeskirche, welche von dieser Gemeindeinitiative profitieren würde. Aus diesem Grund werde ich bei diesem Geschäft in den Ausstand treten.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Nun kommt noch der zweite Teil der SP. Sie wissen, dass ich manchmal einen zweiten Hut trage, ich möchte heute darum vertreten, dass man dies noch zu bedenken gibt. Es ist richtig, dass wir den Druck erhöhen, damit Bestrebungen stattfinden, damit etwas läuft. Man muss auch andere Sachen berücksichtigen. Jede Gemeinde hat als Arbeitgeberin mit der Basellandschaftlichen Pensionskasse einen eigenen Vertrag abgeschlossen. Für diesen Vertrag ist sie selber verantwortlich. Jetzt möchte man dies einfach einem Dritten abschieben, nämlich dem Kanton. Die Gemeinden sind im Verwaltungsrat vertreten, und konnten immer mitbestimmen und ihre Anliegen einbringen. Das haben sie auch gemacht vor 13 Jahren. Im Jahre 2000 haben sie eine Gemeindeinitiative gestartet, mit der Möglichkeit unterschiedliche Vorsorgepläne zu machen. Dies wurde im 2003 realisiert. Die Initiative wurde als erfüllt abgeschrieben. Es hat keine der Gemeinden davon Gebrauch gemacht, sie blieben nach wie vor beim Kanton. Die Uni, die Fachhochschule und die Kantonbank haben eigene Vorsorgepläne gemacht. Bis jetzt haben sich keine Gemeinden an den Kanton gewendet, wie mir berichtet wurde, um über die Schliessung der gemeindespezifischen Finanzierungslücke zu diskutieren. Mitgegangen mitgefangen. Toni hat es gesagt, dass es ein paar Widersprüche gibt. Man hat vor kurzem die Charta von Muttenz gemacht. Die Umsetzung, dass man dies zentralisiert, widerspricht dem, was bei der Stärkung der Gemeindeautonomie gefordert wurde in der

Charta von Muttenz. Die Gemeinden können selber bestimmen, wie sie ausfinanzieren möchten. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Eine davon ist die, welche der Kanton vorgeschlagen hat, mit den 40 Jahren. Die Art der Ausfinanzierung ist Verhandlungssache. Auch dies ist ein wichtiger Punkt, der mich persönlich nicht für die Initiative sein lässt. Wir haben mehr als 230 Organisationen, die angeschlossen sind. Weshalb müssen wir vom Kanton diese alle übernehmen? Es wurde gesagt, dass es Ungleichheiten gibt bei den Kirchen oder bei einer Wirtschaftskammer, die rein privat ist, und der Kanton müsste diese mittragen. Es wird auch gesagt, dass wenn dieses Risiko von einem alleine getragen werden muss, wir dann Bonitätsrisiken haben. Das Kreditrating könnte aufs Spiel gesetzt werden und wir hätten schlechtere Bedingungen im Kanton, um Geld aufzunehmen. Wie gehen wir vor? Es haben mehr als fünf Gemeinden dies unterschrieben. Heute konnte man in der Zeitung lesen, dass sich Schönenbuch nicht angeschlossen hat. Müssen wir hier dies von uns aus machen oder ist es nicht so, dass in Liestal oben die Landräte und Landrätinnen dies im 2. Quartal auf die Reihe bringen müssen. Müssen wir hier auch noch Druck aufsetzen? Ich persönlich meine, dass wir es dem Landrat überlassen müssen. Ich selber bin davon betroffen und ich werde dagegen stimmen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn ich daran denke, dass vor rund sechs bis sieben Jahren im Rahmen der generellen Aufgabenprüfung viele Sachen vom Kanton zur Gemeinde verschoben wurde, habe ich nun kein schlechtes Gewissen, wenn wir dieser Initiative zustimmen.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Andreas Bammatter, 1. Vizepräsident:

1. Ziel der Vorlage

2. Die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK)

3. Die Gemeindeinitiative

4. Weiteres Vorgehen/Termine

5. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen.
Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Formulierte Gemeindeinitiative (Gesetzesinitiative) betreffend „Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse“ ist gemäss Wortlaut im Kapitel 3.4. (Initiativtext) beim Kanton einzureichen.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 28 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

2. Der Gemeinderat ist ermächtigt, die Initiative zurückzuziehen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 16.01.2013, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 24.02.2013, und Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 04.03.2013, betreffend Schulanlage Gartenhof mit Sportplatzweiterung im Brüel
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4099 / A / B

Rolf Adam, Präsident: Bevor wir dieses Traktandum beginnen, möchte ich vorab kurz etwas mitteilen. Wir haben gedacht, dass wir einen Ablauf machen, damit Sie sehen, wie der Stand der Dinge ist und damit es keine Unklarheiten gibt bei diesem Verfahrensablauf. Wir gehen dies Schritt für Schritt durch. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Mir liegt ein Rückweisungsantrag von Ueli Keller von der EVP/Grüne-Fraktion vor.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Der Rückweisungsantrag ist von der Fraktion EVP/Grüne und nicht von mir persönlich. Die EVP/Grüne-Fraktion stellt einen Rückweisungsantrag, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, dass der Beschluss, der in dieser Vorlage enthalten ist, und darum geht es bei der Abstimmung, den finanziellen Rahmen der Gemeinde sprengt. Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, dass dieser Antrag auf Rückweisung nicht bedeutet, dass wir nicht einen grossen Respekt und Wertschätzung den Leuten gegenüber haben, welche an diesem Geschäft arbeiten, sowohl aus der Verwaltung als auch auf der fachlichen Ebene und auch der Gemeinderat. Auch die EVP/Grüne-Fraktion ist sehr interessiert an einem tollen Schulhaus. Auch wir möchten die bestmögliche Lösung. Wir möchten aber keinen Rolls-Royce für die Bauwirtschaft, sondern wir möchten eine Volksschule für unsere Kinder. Wenn ich Rolls-Royce für die Bauwirtschaft sagen, dann schaue ich über die Gemeindegrenzen hinaus. Die Harnos-Geschichte hat, ohne dass man es bedenkt hat, schweizweit Milliarden von Baukosten ausgelöst. Alleine in Basel sind es CHF 600'000'000 bis CHF 800'000'000. Neben den Finanzen sind es auch einige wesentliche offene Fragen, welche der Grund sind für den Rückweisungsantrag. Wir möchten gerne mit diesem Rückweisungsantrag erreichen, dass die Vorlage im Hinblick auf die Volksabstimmung zu den offenen und wesentlichen Fragen noch mehr Klarheit und Konkretheit bringt. Ich habe in den Diskussionen mit Beteiligten bemerkt, dass diese Klarheit und die konkreten Fragen in wesentlichen Aspekten bestehen, aber sie kommt in diesem Bericht nicht hervor. Es sind fünf Punkte, zu denen ich etwas sagen möchte.

Das Erste ist das pädagogische Konzept. Ich habe in den letzten Jahren ungefähr 100 Schulhäuser studiert. Ich habe unter dem Strich festgestellt, dass es zwei Kategorien gibt. Das eine sind Schulen, welche tiptopp laufen, nicht zuletzt aufgrund eines pädagogischen Konzepts, welches mit der baulichen Situation gut übereinstimmt. Wenn wir die Ausführungen zum pädagogischen Konzept in diesem Bericht lesen, dann sehen wir hier, dass acht Einführungs- und Kleinklassen in Allschwil geplant sind. Ich sehe aber nirgends, wie es auf dieser Basis eine integrative Schule werden soll. Acht Kleinklassen heisst, bei 12 Schülern als Durchschnitt, ungefähr 100 Schüler. Das ergibt eine Aussonderungsquote von 15% auf 600 Schüler. 15% ist ein Schweizer Rekord. Es kann aber auch anders gemeint sein mit den acht Kleinklassen. Zudem, jetzt kommt noch der finanzielle Aspekt, sind die acht Kleinklassen so geplant, dass sie die Räumlichkeiten für die grossen Klassen in Anspruch nehmen inklusive Gruppenräume. Der zweite Punkt, Belegungsplan. Ich habe immer wieder Schulhäuser gesehen, welche Räume haben, die nicht ausgelastet sind, nicht in Allschwil. Ich bin darauf einfach sensibilisiert. Ich habe bei einer Schule in Basel Platz gesucht für die Tagesbetreuung und gesehen, dass es dort ein Musikzimmer hat, welches pro Woche nur zwei Stunden belegt ist. Solche Beispiele sind mir viele bekannt. Wenn ich jetzt den Raumplan sehe der Allschwiler Vorlage, dann sind hier neben diesen 32 grossen Schulzimmern mit Gruppenräumen für Gross- und Kleinklassen, 18 zusätzliche Räume. Ich möchte gerne wissen, wie diese belegt sind. Das dünkt mich sehr viel. Eine gute Schule ist nicht eine Schule, welche möglichst viele Räume hat, sondern eine gute Nutzung der Räume hat. Hier möchte ich noch erwähnen, dass ich das von der VPK sehr unterstützen kann. Wenn man Gruppenräume ohne Durchblick macht, dann sind diese für die Füchse. Das zeigen die Evaluationen. Evaluationen, die wissenschaftlich gemacht wurden, und auch spontane Besuche haben gezeigt, dass Gruppenräume, wo kein Durchblick besteht, ganz wenig genutzt werden.

Aussenräume, der dritte Punkt. Die Schulanlage, welche den ersten Preis gemacht hat, ist ausgezeichnet positioniert und proportioniert. Sie hat viele oder optimale Reserven für Aussenräume. Der Aussenraum ist ein wichtiger Teil eines Schulhauses, weil die Kinder immer länger am Tag dort sind. Ich sehe

nirgends ein Konzept für den Aussenraum. Es steht immer, dass es wichtig ist, aber ich sehe kein Konzept dazu.

Der vierte Punkt ist die Tagesschule. Die Tagesschule ist in Allschwil ein mehrheitlich befürwortetes Projekt. In der letzten schweizerischen Abstimmung, wo es um Familienfreundlichkeit ging, ist sie gut angenommen worden. Die Tagesschulevorlage von Allschwil hat nie etwas gesagt über die Form, die die Tagesschule haben muss. Allschwil hat eine geschlossene Form von Tagesschule in diesem Bericht. Das ist eine Form, welche selten gewählt wird, ich sage nicht nie. Allschwil möchte diese Form wählen, aber sie wird selten gewählt. Es ist eine Form aus den 70er- und 80er-Jahren aus dem letzten Jahrhundert, als die ersten Tagesschulen exklusiv nur für Kinder waren, die die Tagesschule besucht haben, von Eltern, welche dies für ihre Kinder wollten in der Pionierzeit. Eine geschlossene Form, wie das Allschwil jetzt vorsieht, ist nicht mehr up to date. Wenn wir diese Form behalten, dann möchte ich wissen, wie der steigende Bedarf gedeckt werden kann. Es ist jetzt für 120 Schüler vorgesehen. Das ist sicher keine gewagte Prognose. Wenn mehr Eltern ihre Kinder die Tagesbetreuung nutzen würden - sie müsste etwas kostengünstiger sein - dann reicht das nicht aus.

Der letzte Punkt ist die Flexibilität für Veränderungen. Ich habe mit grosser Freude gehört, dass man ausser den festen Säulen viele flexible Wände hat im Schulhaus. Das ist ausgezeichnet. Ich möchte im Bericht noch mehr über diesen Punkt der Flexibilität lesen. Uns schwebt eine Beschlussvorlage für eine zweite Lesung vor im April, das ist machbar. Das gibt zu tun und das bringt den Zeitplan nicht zum Stolpern. In Basel gibt es übrigens Schulen, welche neu die Finanzierung prüfen müssen und ein Jahr später können sie starten. Das ist in Allschwil nicht nötig. Ich stelle mir eine zweite Beschlussfassung im Sinne einer zweiten Lesung vor, welche zugleich die Abstimmungsvorlage sein könnte. In dieser zweiten Fassung könnten die offenen Fragen klarer und konkreter beantwortet werden. Es gäbe sicher noch Möglichkeiten, den Finanzierungsteil zu optimieren. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Sie sehen, wie wichtig wir dieses Geschäft nehmen. Entsprechend breit sind wir bereit und in der Lage, Ihnen Auskunft zu erteilen und Ihnen dieses Geschäft bis ins letzte Detail näherzubringen. Ich begrüsse Herr Schöneberger, der hier sitzt, er ist Projektleiter von Dietziker & Partner und Herr Rieder, der Ihnen Auskunft über die Finanzen geben kann. Gleichzeitig ist Herr Engels da, er ist Schulleiter von den Primarschulen. Alle Fachleute sind heute Abend hier im Saal und Sie können konkrete Fragen stellen.

Ich habe die Aufgabe, kurz auf den Rückweisungsantrag einzugehen von der EVP/Grüne-Fraktion. Ich habe viel Lob gehört und dass man das Projekt eigentlich sehr gut findet. Trotzdem möchte man in irgendeiner Form noch Fragen stellen zum Projekt. Dies ist heute Abend der richtige Augenblick, aber dann muss irgendwann auch mal Schluss sein mit Fragen stellen. Wir können im Bericht und heute Abend weitere Ausführungen machen. Es wird enorm schwierig werden, sobald man eine Projektanpassung hat. Ich stelle in der Argumentation gewisse Widersprüche und leichte Übertreibungen fest. Einen Rolls-Royce haben wir 100% nicht, das werden wir heute hieb- und stichfest beweisen können. Wir haben seit 1972 nichts mehr gemacht an den Schulhäusern. Jean-Jacques Winter hat sich mehrfach beschwert, dass sein Schulhaus beim Bettenacker in einem schlechten Zustand ist. Das Gartenstrasse-Schulhaus hat 100 Jahre gehalten und ist heute noch in Gebrauch. Es ist Zeit, dass wir für unsere Jugend etwas machen. Ich bin der Meinung, dass wir heute einen historischen Entscheid fällen müssen. Das darf man sagen, wenn man die geschichtliche Entwicklung anschaut. Wir haben Harnos beschlossen, wir müssen die sechste Primarschule bei uns platzieren können, dafür müssen wir Platz schaffen, welchen wir zurzeit nicht haben. Wir haben die Tagesschule beschlossen und wir sind verpflichtet, dafür einen adäquaten Platz zur Verfügung stellen, welchen wir zurzeit nicht haben. Die Tagesschule ist heute in der TUK in den kleinen Turnhallen mit Oberlichtern. Das ist aus meiner Sicht fragwürdig, ob dies für Kinder überhaupt zulässig ist. Es wurde deswegen von Anfang an als Provisorium erklärt. Gleichzeitig haben wir ein Bevölkerungswachstum in Allschwil, der uns dazu bringt, dass wir handeln müssen. Verlieren wir keine Zeit, packen wir diese Chance und gehen jetzt an dieses Projekt, damit gestalten wir Allschwil für unsere Jugend neu.

Ich komme zu den einzelnen Fragen, welche aufgeworfen wurden. Die Diskussionspunkte, welche von Herrn Keller angesprochen wurden, sehen Sie hier aufgelistet. Es geht um die Fragen des pädagogischen Konzepts, Raumprogramm, Aussenraum, Tagesschule und Finanzierung. Es wurden Förderbeiträge, Aula und die Konsequenzen einer Verschiebung der Volksabstimmung angesprochen. Zum pädagogischen Konzept. Wir haben vorgesehen, dass wir acht Einführungs- oder Kleinklassen führen können in der Gemeinde Allschwil. Das ist unsere Freiheit und dies werden wir so machen. Diese brauchen den entsprechenden Platz. Wir haben aber, und das wird Herr Schönenberger heute Abend glasklar belegen können, nicht überdimensioniert gearbeitet, sondern wir brauchen diesen Raum für diese Klassen, um ihnen einen adäquaten Schulraum zu bieten. Ein weiterer Aspekt ist der, dass das pädagogische Konzept grundsätzlich nicht in die Kompetenz der Gemeinde fällt. Das pädagogische Konzept ist Sache des Kantons, weil von dort dies diktiert wird. Wir haben eine administrative Kompetenz im Bereich der Schulleitung und des Schulrates, mehr nicht. Das heute bestehende pädagogische

Konzept wird in diesem Schulhaus umgesetzt. Denken Sie daran heute Abend, das Schulhaus wird bedeutend älter werden als das heute aktuell gültige pädagogische Konzept. Das kann ich Ihnen schriftlich geben, das wird garantiert so der Fall sein. Aus dieser Sicht haben wir heute keinen Anpassungsbedarf an der Vorlage. Wenn wir weitere Antworten dazu geben können, dann machen wir das heute Abend, aber es ist kein Grund für eine Rückweisung und eine Überarbeitung. Ich komme zum Raumprogramm. Auch hier wurde gesagt, dass man zu viele Klassenzimmer habe. Nein, das haben wir nicht, Herr Schönenberger wird Ihnen das heute belegen können. Wir bauen ein Schulhaus, welches die nächsten 50 bis 100 Jahre verheben muss. Da ist es nicht falsch, auch an die Zukunft und die künftige Entwicklung zu denken im Schulwesen und nicht nur ein kleines "Schmürzeli-Projekt" aufzustellen, um später festzustellen, dass man es hätte besser machen sollen. Es wäre verantwortungslos ein zu kleines Schulhaus zu bauen. Zu klein bezieht sich auf die Zukunft. Die Räumlichkeiten sind adäquat. Wir werden heute im Detail dazu Auskunft erteilen. Wir brauchen einen gewissen Ersatz für die Zukunft. Es gibt einen Widerspruch in der Argumentation, ich komme bei den künftigen Räumen für die Tagesschule darauf zurück. Das Schulhaus heute zeichnet sich durch eine flexible Bauart aus, das ist unbestritten. Wir können künftige Veränderungen im Schulwesen problemlos auffangen, das war uns wichtig. Und wir tragen dem Konkordat Sonderpädagogik absolut Rechnung. Wir sehen beim aktuellen Stand und in der künftigen Entwicklung weder beim Raumprogramm noch beim pädagogischen Konzept bezogen auf diese Anlage, über die wir heute abstimmen, keinen Handlungsbedarf. Wir sprechen heute über den Schulhausbau und nicht über das pädagogische Konzept.

Der Aussenraum wurde angesprochen. Wir hatten beim Wettbewerb eine Landschaftsarchitektin dabei. Die Landschaftsarchitektin hat pro Wettbewerbsobjekt im Detail geprüft, ob die Aussenraumgestaltung sinnvoll ist oder nicht. Es waren glaub über 60 Projekte. Das Projekt, welches wir heute haben, war das Beste. Lesen Sie es doch nach, Sie haben alle den Jury-Bericht des Wettbewerbs erhalten, dort steht es drin. Es gibt heute keinen Grund am Aussenraum zu zweifeln. Das Gestalten des Raumes ist Sache der künftigen Projektentwicklung. Dort wird auch die Sicherheit ein Thema sein. Es ist nicht nötig, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt schon wissen, wo die Gigampfi oder ein Bränneli hinkommen, das kommt erst im Laufe der Projektentwicklung. Wir haben die Nutzer, die miteinbezogen werden, insbesondere die Lehrerschaft. Von Ueli Keller habe ich mehrfach gehört, dass man auch die Kinder bezieht bei der Gestaltung des Aussenraumes. Warum nicht, dieser Input ist angekommen. Wir haben auch eine Konsultativkommission, welche mit uns zusammenarbeitet. Wir haben auch hier keinen Handlungsbedarf im jetzigen Projektstadium, wo es darum geht, den Kredit zu sprechen.

Die Tagesschule wurde angesprochen. Hier sehe ich einen Widerspruch. Bei den ersten zwei Themen wird gesagt, dass wir zu viel Platz haben. Bei der Tagesschule wird gesagt, dass, falls sich das Tagesschulprinzip bewährt, wir parat sein müssen, um mehr Platz anbieten zu können. Wir reden immer vom gleichen Raum, höchstens von einem unterschiedlichen Ansatz bei der Tagesschule, offen oder geschlossen. Wenn es tatsächlich Reserven gibt bei diesem Schulhaus, dann ist das ja nur positiv für die künftige Entwicklung der Tagesschule. Also belassen wir etwas Reserve in diesem Schulhaus, wenn sie denn überhaupt, was bestritten ist, in diesem Umfang besteht, wie du meinst. Die Tagesschule wird heute so geführt, wie sie der Souverän beschlossen hat. Im Einwohnerrat wurde das Konzept der Tagesschule diskutiert und verabschiedet. Es ist nicht so alt, sondern so alt, seit wir damit gestartet haben, das war 2011. Wir können nicht sofort von der geschlossenen in die offene Tagesschule wechseln. Wir möchten mit uns selber Erfahrungen sammeln, wie das mit der heutigen Tagesschule läuft. Heute läuft das hervorragend, man kann das Projekt in Zukunft wieder überprüfen. Wir schaffen keine weiteren Reserven, aber wir haben auch hier Möglichkeiten, uns der Zukunft anzupassen. Bezogen auf das heute bestehende Projekt haben wir keinen Handlungsbedarf. Zu dem Thema Pädagogik und Tagesschule kann Herr Engels weitere Auskünfte geben.

Die Finanzierung wurde angesprochen. Wir werden heute noch intensiv über die Finanzierung reden. Wir reden von der Finanzierung und nicht von der Zahlung. Das sind zwei paar Sachen. Ich bezahle, wenn ich eine Cola kaufe, CHF 2 und dann habe ich die Cola. Hier reden wir von einem Finanzierungsmodell. Wie wollen wir das finanzieren und kann sich das Allschwil leisten. Wir haben jemanden hier von der BDO Visura, Frau Sutter. Heute geht es darum, ob dieses Schulhaus tragbar ist für die Gemeinde Allschwil. BDO Visura, das werden Sie heute hören in der Präsentation, kommt klar zum Schluss, dass das Schulhaus für die Gemeinde Allschwil tragbar und finanzierbar ist. Da gibt es verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten. Die Finanzierungsmöglichkeiten haben wir Ihnen aufgezeigt. Sie müssen diese auch nur zur Kenntnis nehmen. Die Finanzierung wird heute nicht beschlossen. Es wird heute kein Land verkauft und wir segnen heute kein stures Finanzierungsmodell ab. Wenn es morgen, salopp ausgedrückt, klingelt in der Kasse, dann bezahlen wir das cash und verkaufen nichts. Wir sollten heute das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Es geht nur darum zu zeigen, dass es machbar und finanzierbar ist. Ich habe immer wieder gehört, dass zwei alte Schulhäuser günstiger gewesen wären. Nein, wir haben im März 2011 miteinander beschlossen und die Strategie festgelegt, das wird nicht günstiger. Der Bau von zwei neuen Schulhäusern wird deutlich teurer als das, was wir heute für eines planen. Auf die geplanten Landverkäufe wird Nicole Nüssli als Finanzministerin noch zu sprechen

kommen, das sind Optionen. Bitte schauen Sie die Ziffer 4 an. Das ist nur zur Kenntnisnahme, kein Beschluss, um zu zeigen, wie man es machen kann. Die Entscheidungen fallen dann 2015, 2018 oder 2019, was realisiert werden soll. Auch hier kann man sagen, dass die Finanzierung des Schulhauses für Allschwil machbar und tragbar ist.

Förderbeiträge waren ein Thema. Da gibt es eine Sparmassnahme, das sehen Sie in der Vorlage, indem wir auf die gesetzlich vorgegebene Ebene gehen mit der Minergie. Wir haben keinen Minergie-P-Standard im Schulhaus. Es war vor allem die Diskussion, ob man die Fenster öffnen können muss oder nicht. Es gibt keine Förderbeiträge, das wurde geprüft, und sonst weiss Herr Schönenberger mehr dazu. Ich habe in der Diskussion "Schule ohne Aula" gehört. Etwas salopp gesagt, es gibt wahrscheinlich niemanden westlich des Urals, welcher ein Schulhaus ohne Aula baut. Wir bauen das Schulhaus für unsere Kinder, und wenn die Kinder nicht in der Aula sind und andere diese nutzen können, was soll daran falsch sein. Wir verzichten auch nicht auf die Dreifachturnhalle, weil man auch noch in der Gartenstrasse-Turnhalle turnen kann. Ich meine, dass bei einem Schulhausneubau es unsere Kinder verdient haben, dass sie eine Aula haben, auch wenn es noch andere Nutzer gibt, die darauf zurückgreifen.

Ich schildere Ihnen kurz die Szenarien, es gibt dazu verschiedene Diskussionen. Ich möchte nicht Formalist spielen, Sie kennen mich. Eine zweite Lesung gibt es natürlich nicht, das gibt es nur bei Reglementen. Herr Keller hat es angesprochen, man könnte sich überlegen, ob wir es noch verschieben, falls wir uns heute Abend nicht entscheiden könnten, was ich unglaublich bedauern würde. Szenario 1 ist klar: Wenn wir heute den Beschluss fassen, dann haben wir kein Problem und können die Volksabstimmung am 9.6.2013 durchführen. Das Szenario 2 ist, dass wird das Geschäft vertagen würden. Da kam die Diskussion, ob wir dies in einer ausserordentlichen Sitzung machen könnten. Es kommen jetzt viele Feiertage und man muss diese Thematik auch aufbereiten. So schnell geht das dann auch nicht. Dann wären wir also bei der ordentlichen Sitzung vom 24.4.2013. Was wir bis dahin machen könnten, wäre, alles vorbereiten und nachher wären die Abstimmungsvorlagen und die Stimmzettel gedruckt. Wenn dort dann das Okay kommt, dann geht das zur Post und wird zugestellt. Wenn der Einwohnerrat dann Nein sagt, dann gibt es keine Volksabstimmung am 9.6.2013, das ist schlicht und einfach nicht möglich. Diese Abstimmungsunterlagen wären Makulatur, und es hätte die Konsequenz, dass wir den Schulhausbau um ein Jahr verschieben müssten. Der Einwohnerrat wird diese Vorlage nur dann nicht genehmigen, wenn er der Meinung ist, dass man in die Projektiefe eingreifen muss, nicht einfach nur beim pädagogischen Konzept oder über die moderne Tagesschule der Zukunft, das kann ständig ändern, das kann heute so und morgen anders sein. Wenn man Räume wegnehmen, eine Aula wegnehmen oder mehr Räume möchte, dann wird es problematisch. Dann brauchen wir vom Einwohnerrat einen Projektkredit, diesen brauchen wir genehmigt und müssen das Projekt überarbeiten. Das braucht Zeit. Bis die neue Vorlage mit einer Projektänderung steht, benötigen wir ein Jahr. Das bedeutet zwei Jahre ein Provisorium für die Schulkinder. Wir gehen auch davon aus, dass das Gesamte mit dem Provisorium rund CHF 1'000'000 kosten würde. Wenn wir unseren Terminplan einhalten möchten, dann sind wir sehr knapp in der Zeit. Ich bitte Sie dringend und im Interesse von unseren Jugendlichen, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Alle diese Anträge lassen sich im Lauf der weiteren Projektentwicklung diskutieren und ausdiskutieren. Sie gehen nicht in die Tiefe, sodass sie Projektanpassungen notwendig oder vertretbar machen würden. Den Rückweisungsantrag kann man gestützt auf diese Argumente abweisen.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Ich spreche nur für mich selber, unsere Fraktionsmeinung wird Jérôme Mollat vorstellen. Ich selber war an drei Sitzungen der Verkehrs- und Planungskommission, wo der Inhalt das neue Schulhaus war. Ich war an ebenso vielen Sitzungen der Konsultativkommission dabei. Ich durfte die Modelle und Pläne studieren und war davon begeistert, was geplant ist. Die Architekten, das Planungsbüro und der Gemeinderat haben sich sehr viele Gedanken über zukunftsgerichtete Bildungsmöglichkeiten gemacht. Es ist eine Variante, die flexibel plant, also zukünftige Anpassungen möglich macht. Ich möchte allen beteiligten Personen für ihr grosses Engagement danken. Geld, welches in die Bildung investiert wird, ist gut investiertes Geld. Es ist mir lieber, wenn wir in Bildung investieren als in Kreisel oder Parkplätze. Wenn man mit so grosser Begeisterung an einem Projekt ist, besteht die Gefahr, dass man die Bodenhaftung verliert. Es gilt, das richtige Mass nicht aus den Augen zu verlieren. Braucht es wirklich alle Spezialräume, welche hier geplant sind, um einen reibungslosen Unterricht zu gewährleisten? Braucht eine Primarschule wirklich eine Aula, wo bis zu 700 Personen drin Platz haben? In Basel-Stadt hat, gemäss meinen Abklärungen, jede Primarschule eine Aula, welche 180 qm gross ist, unabhängig der Grösse. Unsere geplante Aula kommt auf 381 qm, als mehr als doppelt so viel. Eine zentrale Frage in meinen Augen ist, ob sich die Gemeinde Allschwil ein so teures Projekt überhaupt leisten kann.

Rolf Adam, Präsident: Bitte halten Sie sich kurz Herr Ulusoy, es geht jetzt nur um den Rückweisungsantrag.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Der Gemeinderat selber hat gesagt, dass ein so grosses und teures Bauprojekt noch nie umgesetzt wurde. Mich persönlich dünkt das Vorgehen beim Wettbewerb komisch. Wie mir Gemeinderat Morat gesagt hat, wurden die Anforderungen definiert, dann hat man den Wettbewerb gemacht und hat erst danach überlegt, wie viel das kostet und wie das finanzierbar ist.

Rolf Adam, Präsident: Bitte sprechen Sie nur zum Rückweisungsantrag, alles andere können wir nachher besprechen.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Das sind meine Gründe, weshalb ich die Rückweisung unterstütze. Das neue Schulhaus ist nur finanzierbar über eine massive Neuverschuldung und den Verkauf von Grün- und Freiflächen, auch wenn dies nur als Option dargestellt wird. Das wird zum Tragen kommen. Die Revisionsstelle weist darauf hin, dass es unter optimistischen Voraussetzungen finanzierbar ist. Es ist auch eine Verzichtplanung nötig. Allschwil wird das Geld fehlen für andere Projekte. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint es mir sinnvoll, den Antrag der EVP/Grünen-Fraktion zu unterstützen und das Projekt zurückweist und dann das Projekt optimiert hinsichtlich Kosteneinsparungen. Aufgrund der Überlegungen unterstütze ich den Antrag mit einem weinenden Auge.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir von der SP-Fraktion werden diesen Antrag nicht unterstützen. Wir sind nicht für Rückweisung. Wir haben 40 Jahre gewartet und nichts gemacht, irgendeinmal muss man anfangen. Es gibt morgen immer etwas Neues, besser und günstiger. Es ist wie beim Computerkauf. Wenn ich ihn am Abend anstelle, dann weiss ich zwei Dinge, nämlich er ist zu alt und zu teuer. Morgen gibt es einen neueren und billigeren Computer. Aber ich habe immer noch keinen Computer. Wie es Nedim Ulusoy richtig gesagt hat, Bildung ist unsere einzige natürliche Ressource, die wir haben. Wenn wir dort nicht bereit sind zu investieren, und zwar gut zu investieren und nicht so, dass es nur für morgen reicht, sondern auch noch für übermorgen, dann Gute Nacht Allschwil.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Ich mache es relativ kurz. Die FDP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag klar ab. Mit der Rückweisung wären wir wieder zurück auf Feld 1, und die Türe wäre wieder offen für alle möglichen Optionen inklusive der Renovation des alten Schulhauses anstelle eines neuen Schulhausprojekts. Die FDP-Fraktion hat sich klar für das neue Schulhaus ausgesprochen und wir stehen hinter dem Projekt. Es ist jetzt Zeit, eine Entscheidung zu treffen. Betreffend Sparpotential zweifeln wir, ob wir wirklich so ein grosses Sparpotential haben. Jemand anderes aus der Fraktion wird noch genauer über die Kosten sprechen. Die Kosten pro Kubikmeter sind bereits recht günstig. Das Projekt hat einen sehr hohen Standard, zum Beispiel Minergie P. Wir zweifeln, dass es ein grosses Sparpotential gibt beim Schulhaus. Das Schulhaus wird für Jahrzehnte gebaut. Im Hinblick auf die Entwicklung von Allschwil finden wir die Grösse des Schulhauses angemessen und vertretbar. Aus diesen Gründen empfehlen wir, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Roland Naef, parteilos: Ich finde, die Rückweisung kommt im falschen Moment. Wir hatten alle die Gelegenheit, bei diesem Schulhaus-Projekt mitzuwirken. Wir haben teilweise mitgewirkt und jetzt haben wir ein gutes Projekt. Man kann das Projekt auch nicht verändern, Toni Lauber hat es gesagt. Wir können die Kosten tragen. Die Kürzung um 15% ist nicht möglich bei einem so ausgereiften Projekt. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, ist über Vergaberabatte bei der Auftragserteilung noch günstiger zu werden. Ich konnte mich in den letzten Monaten davon überzeugen, dass es ein gutes Projekt ist, welches Freude machen wird. Die CHF 70'000'000 sind gut investiertes Geld.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Wie die meisten von Ihnen wissen, habe ich mich in der VPK und in der Konsultativkommission seit bald vier Jahren eingehend mit dem Projekt Neues Schulhaus befasst. Wir möchten keine Rückweisung, um das ganze Projekt bachab zu schicken. Es geht darum, dass die Finanzierung nicht gegeben ist und ein paar Details nicht klar sind, wo wir finden, es braucht Detailklarheit, deswegen noch einen Monat. Toni Lauber hat vorhin gesagt, dass es Projekttiefe braucht, um es zu verschieben. Bei den Innenräumen ist jede Treppe, jedes Zimmer und jede Wand klar. Bei den

Aussenräumen ist noch nichts klar. Seit Monaten verlangen wir, dass die Aussenräume klarer umrissen werden, Bäume, Gigampfi oder auch nicht, Spielfelder, Velounterstände, Treppen, Fahrwerke von Velos, Aufenthaltsorte für Kleine, Aufenthaltsorte für Grosse usw. Wir haben das verlangt und es kam nichts. Sorry, wir haben unseren Job gemacht in der Konsultativkommission und in der VPK. Wir haben es verlangt und jetzt liegt nichts auf dem Tisch, mehr können wir nicht machen. Es ist kein Trotzen und keine grundsätzliche Kritik am Projekt. Den wertschätzenden Worten, welche vorhin hier drin gefallen sind, schliesse ich mich an, aber ich brauche mehr Fleisch am Knochen. Die Aussenraumgestaltung ist für mich gleich wichtig wie das, was Innen passiert.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion stehen geschlossen gegen diesen Rückweisungsantrag. Wir bezweifeln, dass Einsparungen von 15% erreicht werden können. Den Ausführungen des Rückweisungsantrags lässt es sich nicht entnehmen, wie diese Zahl von 15% zustande kommt. Wenn wir das zurückweisen und neue Studien, Machbarkeitsstudien etc. machen müssen, dann ist dies mit immensen Kosten verbunden, welche allfällige Einsparungen wettmachen werden. Wir sind der Meinung, dass der Rückweisungsantrag nicht nur ein falsches Zeichen wäre, sondern geradezu fatal für die Gemeinde Allschwil. Wir bitten darum, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Auch die SVP-Fraktion wird den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Was Christoph Benz vorhin gesagt hat, kann ich unterstützen. Wir haben es mehrmals erwähnt in der VPK, und wir sind auf Granit gestossen. Das ist schade, es wäre wichtig, dass man den Dialog offen führt und auch offen und sauber Antwort gibt auf Sachen, die in der VPK und in der Konsultativkommission besprochen werden. Ich komme nachher noch mit einem Antrag, ich habe es auch vielfach erwähnt und es wurde abgeschmettert. Es bleibt dann nichts anderes übrig, als es über einen Antrag zu bringen, weil man es in den Kommissionen nicht sauber besprechen kann, weil es anscheinend nicht nötig ist.

Jérôme Mollat, GP/BDP-Fraktion: Nedim Ulusoy hat es bereits gesagt, wir werden gross mehrheitlich dem Rückweisungsantrag folgen. Die Argumentation der EVP/Grüne-Fraktion hat uns überzeugt.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich kann nicht vergessen, was Hanspeter Tschui damals gesagt hat, als er das von der Pensionskasse gesehen hat, das auf uns zukommt. Wir haben es vorhin gehört, es sind CHF 73'000'000 und jetzt ist es nochmals der gleiche Betrag. Er wusste damals von einer kleineren Summe für das Schulhausprojekt. Er hat bereits damals dazu ermahnt, dass er Gemeinderat einen Finanzierungsplan bringen soll. Bei der BDO hiess es, dass dieser Finanzierungsplan über mehrere Jahre hinweg sehr rosig gemacht wurde, nicht mit einem realistischen Blick. Unter dieser Voraussetzung habe ich Bauchweh, auch dem Stimmvolk gegenüber, dieses Projekt, so wie es ist, zu unterstützen. Ich weiss, dass es ein neues Schulhaus braucht, aber mit diesem Preis, den wir bezahlen müssen. Wenn wir nichts im Kässeli haben, dann können wir keinen Rolls-Royce kaufen, sondern nur einen Döschwo. Wir haben das Geld momentan nicht, die Finanzsituation in Allschwil sieht nicht so rosig aus, als dass wir so mit dem Geld um uns werfen könnten. Wenn ich das richtig summieren, dann sind wir heute bereits bei CHF 146'000'000, das ist surreal, Entschuldigung.

Rolf Adam, Präsident: Bevor wir zur Abstimmung schreiten, möchte ich in Erinnerung rufen, dass wir nachher noch das Referat hören zur Finanzierung und die Modelle. Es wird hier nichts bestimmt über das Geld, sondern es werden die verschiedenen Finanzierungsmodelle angeschaut. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Rückweisung.

://:

Der Rückweisungsantrag wird mit 9 Ja-, 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

PAUSE

Rolf Adam, Präsident: Ich bitte Sie Platz zu nehmen, wir haben ein strenges Zeitfenster. Wir kommen zu den allgemeinen Ausführungen zu diesem Geschäft.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Zuerst bedanke ich mich bei Ihnen, dass Sie den Rückweisungsantrag abgelehnt haben. Ich möchte hier denen sagen, welche die Anliegen vorgebracht haben, dass wir sie damit nicht vom Tisch gewischt haben, insbesondere die Thematik zum Freiraum. Da kann ich garantiert sagen, dass wir heute noch darauf zu sprechen kommen. Wir werden diese Anliegen als solche weiter mit auf den Weg nehmen. Es ist wichtig, dass Sie keine Projektänderung zur Folge haben. Ich habe es eingangs gesagt, unser Auftrag war ein schwieriger und ein grosser, eigentlich einer der grössten. Wenn wir mit dieser Vorlage durch sind, dann sieht Allschwil nicht mehr so aus wie früher, insbesondere damals, als wir noch in die Schule gegangen sind oder Schule gegeben haben. Aufgrund der Tatsache, dass es nicht nur finanziell ein grosses Projekt ist, sondern für die Kinder und für Allschwil ein grosses Projekt ist, lastet das Ganze auf verschiedenen Schultern. Entsprechend stellen wir ihnen heute das Projekt vor. Sie sehen, die Ausgangslage ist mein Thema, den Projektwettbewerb präsentiert Franziska Pausa zu den pädagogischen Anforderungen, Pluspunkte des Siegerprojekts, Christoph Morat bringt Ihnen die Schulanlage Gartenhof näher, Schulhaus Dreifachsporthalle Aula und Sportanlage Brüel. Danach geht es zu den Kosten, da reden wir über die Energie-Standards und Kostenoptimierungen, die wir gemacht haben, das präsentiert Christoph Morat. Die Finanzierung präsentiert die Finanzchefin Nicole Nüssli, und am Schluss ist der Terminplan noch mein Part. Sie sehen hier, welche grosse Bedeutung wir diesem Projekt geben. Für Allschwil, das haben wir hier gross in Szene gesetzt.

Es war ein Projekt, welches im 2009 angedacht wurde. Wir wussten, es wird ein grosses Projekt und wir haben grossen Acht darauf gelegt, dass das Projekt möglichst basisdemokratisch abgewickelt werden kann. Basisdemokratisch ist ein schwieriges Wort, aber es ging uns darum, möglichst viele Vertreter und Vertreterinnen aus Politik, Vereinen, Schule und Öffentlichkeit mit einzubinden. Ganz am Anfang ging es nur darum, wo wir dieses Schulhaus hinstellen, wie könnte das ganze Konzept aussehen, dann kam noch das Kindergartenkonzept etc. Dies hat dazu geführt, dass wir am 28.4.2010 im Einwohnerrat die Strategie Gemeindebauten vorstellen konnten. Da wussten wir, was die Ergebnisse der Workshops waren und was noch auf uns zukommt. Wir hatten einen Workshop mit Vertreter aus Politik, Verein und Schule am 7.6. und weitere Arbeitsgruppen am 16.8., 13.9. und 11.10.2010. Das Jahr 2010 war ein höchst intensives Jahr, in welchem wir dieses Konzept miteinander ausgearbeitet haben. Das zentrale an diesem Thema ist, dass es nicht eine Erfindung des Gemeinderates ist, sondern es ist ein gemeinsames Werk. Das war die Zielsetzung von Anfang an. Das Resultat der ganzen Arbeit haben wir am 30.3.2011 mit dem Geschäft 3987 als Gesamtstrategie "Unser neues Schulhaus" dem Einwohnerrat präsentiert. Dort wurden Nägel eingeschlagen, wo bauen wir welche Schulhäuser und in welcher Form. Dort konnte der Einwohnerrat, bevor das Projekt vorgelegen ist, sagen, ob er in diese Richtung gehen wollte oder nicht. Der Gemeinderat hat sich strikt an die vorgegebene Richtung des Einwohnerrates gehalten und hat basierend auf der Gesamtstrategie das Projekt weiterentwickelt, mit dem Wettbewerb und mit der Planung der Sportplatzweiterung im Brüel. Das kommt hier schlicht daher, aber Andres Linder, der auch hier ist, weiss, dass es ein sehr schwieriges Konzept war mit unzähligen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern, bis wir diese Lösung auf dem Tisch hatten. Wir hatten am 12.09.2012 den Verpflichtungskredit für das Vorprojekt, auch dort wurde der Einwohnerrat nochmals mit auf die Schienen genommen. Wir haben nochmals das ganze Vorprojekt hier drin miteinander diskutiert und haben auch dort grünes Licht erfahren, also nochmals eine Möglichkeit der Mitwirkung des Einwohnerrates. Es ist keine Reissbrettfindung des Gemeinderates, über das wir heute abstimmen. Von der Bevölkerung bis zum Einwohnerrat waren immer alle mit bei der Sache. Heute, am 20.03.2013, haben wir das Geschäft betreffend Schulanlage Gartenhof mit Sportplatzweiterung im Brüel. Das zentrale Anliegen des Gemeinderates war der Einbezug der Öffentlichkeit und der politischen Meinungsträger, und das haben wir erfüllt. Auf diesem Resultat können wir weiterarbeiten. Nun kommen wir zum Projektwettbewerb, dafür gebe ich Franziska Pausa das Wort.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wir Armin Bieri richtig gesagt hat, nach 40 Jahren, in denen kaum etwas in die Schulhäuser investiert wurde, hat es sich aus vielen verschiedenen Gründen ergeben, welche Sie alle gut kennen, dass wir ein neues Schulhaus brauchen. Die Anforderungen an die Architekten waren enorm hoch, vor allem durch die Grösse bzw. wie viele Kinder hier in die Schule gehen sollen. Der oberste Grundsatz war immer, dass die Schüler und Schülerinnen, und auch die Lehrer und alle Pädagogen, die mitarbeiten, sich hier drin wohl fühlen und gut entwickeln sollen. Die neue Schule soll sich als Lernort, aber auch als Lebensort präsentieren. Das Siegerprojekt von Birchmeier Uhlmann und Rabinovich hat diesen Grundsatz am besten aufgenommen. Das Projekt berücksichtigt die Anforderungen an das heutige und, ganz wichtig, an das zukünftige Bildungssystem. Es ist das Projekt mit der grössten Aussenraumgestaltungsmöglichkeit. Der gesellschaftliche und technologische Wandel in

den letzten 40 Jahren ist gross. In der kürzlich eingeleiteten und kommenden Schulreform gibt es Gesetzesgrundlagen und Lehrpläne, welche neue individuelle Lernformen benötigen werden. Auch für die integrative Schulungsform und individuelle Förderung braucht es neue multifunktionale nutzbare Räume, welche flexibel eingesetzt werden können. Darin zeichnet sich das Projekt dieser Architekten aus. Man erkennt hier, wie sehr sie sich mit dem neuen Bildungssystem auseinandergesetzt haben, sie kennen diese Anforderungen. Auch für sie, das haben wir immer gespürt, steht das Wohl der Kinder an oberster Stelle.

Ich möchte noch kurz etwas zum Raumprogramm sagen. Das Raumprogramm ist keine Idee der Architekten, sondern wurde von der Schulleitung in Zusammenarbeit mit verschiedenen Nutzergruppen entwickelt. Jeder Raum wurde sorgfältig besprochen, das kann ich Ihnen versichern. Niemand von uns hat daran Interesse, etwas zu bauen, das man nicht braucht. Im Bericht haben wir geschrieben, dass es 24 Klassenzimmer gibt. Wir haben richtigerweise 8 Klassenzimmer nicht definiert. Wir haben zurzeit immer noch Kleinklassen. Wenn das Schulhaus steht, wird es wahrscheinlich so sein, dass wir eine zweite, dritte, vierte, fünfte und sechste Kleinklasse haben, das wären fünf Klassen, und dann noch zwei Klassen, das ergibt sieben. Ein Klassenraum ist effektiv überzählig. Aber wir müssen das Schulhaus für die Zukunft bauen. Es wird verschiedene Anforderungen geben, die sich entwickeln. Wir brauchen mehr Raum für die Möglichkeiten, und wenn die Kleinklassen integriert werden, brauchen wir adäquate Schulzimmer. Ebenfalls beinhaltet das Projekt die Tagesschule, welche zurzeit immer noch in einem Provisorium ist. Bei der Ausgestaltung der Tagesschule wird der Nutzerausschuss, der jetzt langsam am Start und am Ausgestalten ist, ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass die Möglichkeiten für spätere Bedürfnisse und Anpassungen mit einbezogen werden. Der Nutzerausschuss sind die einzelnen Teilbereiche, die Tagesschulleiterin, die verschiedenen Pädagogen und Betreuer, welche das zusammen erarbeiten. Dann wird es weitergegeben an mich, an Tanja Bieg und an die Schulratspräsidentin, Daniela Werren, welche die ganze Sache leitet. Wir werden dies überprüfen und die Gespräche mit allen führen und uns dafür interessieren, wie das in Zukunft aussehen könnte, damit wir für später die Tagesschule so gestalten können, damit sie auch anders zu führen wäre. Dieses Projekt besticht durch die übersichtliche Organisation der Anlage. Es ergeben sich kinderfreundliche Aussenräume. Die Ausgestaltung fängt jetzt an mit einem Nutzerausschuss mit verschiedenen Leuten. Das wird jetzt in den nächsten Jahren während des Baus gestaltet werden. Wir werden hier immer wieder die Möglichkeit haben, dies vorzustellen, auch über die Konsultativkommission, welche weiterlaufen wird, wo dies diskutiert werden kann und auch hier können wir es präsentieren. Das Gebäude selber ist eine ideale Positionierung, so heisst es glaub im Architektenjargon, nämlich die öffentliche Nutzen mit der Aula und der Turnhalle an der Binningerstrasse, und ein bisschen zurückversetzt das Schulhaus, welches Richtung Lettenweg geht.

Ich begleite dieses Projekt von Anfang an, ich war anfangs ein bisschen skeptisch. Mit dem intensiven Mitarbeiten, mit dem Sehen, wer sich alles darum bemüht, bin ich nun absolut davon überzeugt, dass es ein ganz tolles Schulhaus werden kann.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das Schulhaus ist bei diesem Wettbewerb als Sieger hervorgegangen und es hatte von Anfang an meine volle Begeisterung. Man hat bei diesem Projektwettbewerb verschiedene Bebauungen dieses Landstücks, von dem Teil, den die Gemeinde Allschwil für ein Schulhaus reserviert hat, festgestellt. Es gab Architekten, die machten eine Randbebauung. Es gab Architekten, die haben den ganzen Platz überbaut. Es gab einen Architekten, der hat ein kleines Schulhaus gebaut und den ganzen Rest freigelassen. Ich weiss nicht, wo der in die Schule gegangen ist. Und es gab solche, wie Birchmeier Uhlmann und Rabinovich, die haben das einfach mitten rein gestellt. Sie müssen sich das vorstellen auf diesem Platz, das Gebäude mitten drin, und von allen Seiten kommt Licht rein, auch von oben, dafür haben die Architekten gesorgt. Wenn man das Gebäude anschaut, dann ist es beinahe über die ganze Länge aufgespannt, von der Binningerstrasse bis zum Lettenweg, und es gibt rundum die Fluchtbalkone. Die Fluchtbalkone sind keine Details, sondern diese sorgen dafür, dass der Innenraum des Schulhauses mit Leben gefüllt werden kann. Aus feuerpolizeilichen Gründen ist es nicht gestattet, ein paar Zeichnungen der Kinder aufzuhängen. Dies haben die Architekten von Anfang an erkannt und deswegen bin ich so begeistert von dem Projekt. Es hat viel Potential, eine Schule, wo sich die Lehrerschaft und die Kinder wohl fühlen und weiterentwickeln können. Es hat in diesem Schulhaus, darauf haben die Architekten geschaut, verschiedene Eingänge und Zugänge. Im nördlichen Teil, in Richtung Lettenweg, kommen eher Unterstufenschüler und –schülerinnen rein, das heisst erste und zweite Klasse. Die Mittelstufenschüler sind auf der südlichen Seite. Das wird durch den Geländesprung von rund 1,5 bis 2 Metern aufgefangen. Dadurch gibt es eine klare Trennung zwischen Unterstufe und Mittelstufe. Auch hier haben die Architekten die Problematik erkannt und darauf reagiert. Die moderne Klassenzimmerstruktur erfüllt unsere Anforderungen und die Anforderungen der Schule voll und ganz. Jedem Klassenzimmer wurde ein Gruppenraum beigelegt. Als ich mit Leuten gesprochen haben, die in anderen Kantonen unterrichten, meinten diese, dass sie dies schon lange wollen und nun machen wir

das. Das ist eine weitere Qualität, für jede Klasse einen eigenen Gruppenraum für die verschiedenen Bedürfnisse, welche der moderne Schulunterricht mit sich bringt.

Zur Aussenraumgestaltung. Wir sind da in der Planung und haben bereits einen weiteren Vorschlag, wie der Aussenraum sinnvoll gestaltet werden kann. Es liegen mehr Fakten auf dem Tisch, die Planer haben weiter gearbeitet. Es gibt auch dort Möglichkeiten zur Unterteilung von Unterstufen. Es wird Plätze geben für Unterstufenschüler, wo sie sich aufhalten können und ihre Pausen gestalten können. Es wird auch Fussballplätze geben, wo die älteren Schüler Pausen gestalten können. Nach dem Feierabend ist diese Anlage nicht geschlossen. Das heisst, dass der ganze Pausenplatz eine Begegnungsstätte werden kann, wo sich Schülerinnen und Schüler auch nach der Schule aufhalten und diese Anlagen brauchen können. Auch dort kann eine Begegnung stattfinden zwischen Schule und Öffentlichkeit. Der zweite Punkt, wo Schule und Öffentlichkeit sich treffen können, ist bei der Dreifachsporthalle. Die Dreifachsporthalle müssen wir bei der Grösse des Schulhauses anbringen, ansonsten können wir den Turnunterricht nicht für alle Klassen abhalten. Diese liegt an der Binningerstrasse im ersten Stock, dort ist diese Turnhalle. Dort steht diese Turnhalle auch den Allschwiler Vereinen zur Verfügung. Die Allschwiler Vereine können dort ihren Sport abends oder am Wochenende betreiben. Es ist auch möglich, dass ein Event abgehalten werden kann, ein Turnier, ein Treffen mit anderen Sportvereinen, wo die Zuschauer auf der Tribüne sitzen können und auf die Turnhalle schauen können. Auch dort findet eine Begegnung zwischen Öffentlichkeit und Schule statt. Im Erdgeschoss gibt es eine Aula. Diese Aula steht an schulfreien Zeiten selbstverständlich der Öffentlichkeit zur Verfügung. Wenn eine Klasse eine Vorführung hat und alle Eltern, Grosseltern, Gotten und Göttis kommen, dann ergeben sich schon einige Zuschauer. Aus diesem Grund braucht die Aula eine bestimmte Grösse. Wenn es ein Projekt ist, welches mehrere Klassen zusammen machen, dann wird es umso mehr Zuschauer haben.

Ich komme zur Sportanlage im Brüel. Es ist nicht nur so, dass wir zwei Schulhäuser mit einem Schulhaus ersetzen. Der Fussball soll an einem anderen Ort stattfinden. Der Einwohnerrat hat bereits vor zwei Jahren diesem Grundsatzentscheid zugestimmt, dass ein Fussballplatz im linksufrigen Bachgrabengebiet neben dem Brüel, wo wir bereits einen Zweifachsportplatz haben, ein dritter, hingebaut werden soll. Zu diesem Zweck haben wir die beiden Grundstücke treuhänderisch über die Basellandschaftliche Kantonalbank erworben. Wir haben sie gesichert, sie gehören noch nicht der Gemeinde Allschwil. Auch dies ist Bestand der Vorlage, dass wir die beiden Grundstücke jetzt kaufen und übernehmen, vereinigen und dann unseren eigenen Sportplatz dort bauen in der Grösse, wie wir in brauchen.

Wichtig ist zu betonen, dass die Gemeinde Allschwil nur den Grund und Boden kauft und den Fussballplatz in den Abmessungen, welche Sie den Unterlagen entnehmen können, selber baut. Die ganzen restlichen Anlagen wie Tennisplatz, Bocciahalle, eine kleine Garderobe, eine kleine Cafeteria, ist nicht Gegenstand der Vorlage. An das bezahlt die Gemeinde Allschwil keinen Rappen. Die Gemeinde Allschwil baut nur den Ersatzfussballplatz, welchen wir beim Gartenhof nicht mehr zur Verfügung haben werden. Der Parkplatz ist in unseren Kosten mit eingerechnet.

Zu den Kosten: Wir haben den Architekten auch nicht alles geglaubt und haben dieses Projekt durchgestrahlt. In erster Linie hat das Urs Schönenberger gemacht mit seinem Team von Dietziker und Partner. Sie sind auf ein paar Sachen gestossen, wo man eine Kostenoptimierung vornehmen kann. Die linke Säule waren die Kosten, welche uns der Architekt damals vorgeschlagen hat. Wir haben dann schon noch ein paar Sachen gefunden, welche wir anders machen wollten. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass wir die Photovoltaikanlage nicht selber investieren bzw. bauen werden. Es handelt sich dabei um eine Reduzierung von CHF 930'000, also eine knappe Million. Der Gemeinderat ist nach intensiven Beratungen darauf gekommen, dass wir den Minergie-P-Standard in diesem Gebäude für über CHF 1'100'000 nicht aufrechterhalten möchten. Das steht so auch in der Vorlage. Man hat nicht ganz so dicke Wände, wie beim Minergie-P-Standard, wir sind aber immer noch im Minergie-Standard, welcher auch etwas zur Heizleistung, zur Beleuchtung und zur Auswechslung der Luft etc. sagt. Wir haben uns entschlossen, Ihnen heute den Minergie-Standard für dieses Schulhaus vorzuschlagen. Wir haben Reduktionen am Standard gefunden. Die Architekten haben verschiedene Sachen vorgeschlagen, auf welche wir verzichten wollten. Wir haben zum Beispiel bei allen Fenstern festgestellt, dass Holzfenster vorgeschlagen wurden. Wir waren der Meinung, dass Holz/Metallfenster langlebiger und billiger sind. Wir haben dort CHF 1'980'000 gefunden, welche wir herausgestrichen haben und so das Päckli fertig schnüren konnten, was die Kosten anbelangt.

Bei den Kosten möchte ich auf den Fluch der ersten Zahl hinweisen, das haben wir mittlerweile erkannt. Irgendwann stand im Allschwiler Blättli einen Zahl. Leider haben wir es verpasst zu sagen, dass diese Zahl von einem Kostenplaner während dem Wettbewerb zwischen dem Freitagabend und Montagmorgen berechnet wurde. Er hat das sehr seriös gemacht, musste sechs Projekte rechnen und hat dann CHF 53'000'000 mit einer Genauigkeit von plus/minus 20% eruiert. Wenn man zu diesen CHF 53'000'000 die 20% dazuzählt, liegt man bei CHF 63'000'000. Wir liegen aber darunter, man kann wirklich nicht von einem Rolls-Royce reden. Man muss unterscheiden zwischen den Baukosten und den Gesamtkosten der Vorlage, das sind zwei verschiedene paar Stiefel.

Wo stehen wir beim Benchmark mit unserem Schulhaus? Unsere beauftragten Projektleiter haben sich mit rund 30 Schulanlagen in der ganzen Schweiz befasst. Sie haben immer wieder gerechnet, und zwar

alles nach dem gleichen Prinzip und den gleichen SIA-Normen, und haben festgestellt, dass von den 30 Projekten, wenn man dort einen Mittelwert nimmt, man auf rund CHF 674 pro qm umgebauten Raum kommt. Wir stehen bei CHF 645 pro qm, das heisst, wir liegen eindeutig unter dem Mittelwert von 30 Schulanlagen, welche in der Schweiz in letzter Zeit gebaut wurden oder teilweise noch in der Planung und im Bau sind. 14 Projekte liegen weit über diesem Mittelwert. Auch hier widerlegen wir diese Aussage, dass wir einen Rolls-Royce bauen, ganz klar. Mit CHF 645 sind wir in einem Rang, der für die Grösse des Schulhauses und für Allschwil gut daherkommt. Das waren meine Ausführungen zu den Kosten. Wir erhalten auch noch Geld, wir müssen nicht nur ausgeben. Wir erhalten noch CHF 3'100'000, welche wir von den Gesamtkosten in Abzug bringen können. Weil wir Ihnen diese Zahlen nach dem Bruttoprinzip vorlegen, müssen wir ganz klar von CHF 69'000'000 reden, abzüglich die CHF 3'100'000. Wir werden also Geld von CHF 66'500'000 netto ausgeben. Ich möchte betonen, dass dies die Netto-Zahl ist. Wir erhalten aus Infrastrukturbeiträgen CHF 3'100'000. Jetzt kommt Nicole Nüssli und sagt noch etwas zu der Finanzierung.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Sie haben schon viel zu diesem Projekt "Unser neues Schulhaus" gehört. Sie haben gehört, weshalb der Gemeinderat anstelle der Sanierung der beiden Schulhäuser Gartenstrasse und Bettenacker ein neues Schulhaus auf dem Gartenhof plant. Das Stichwort Harnos, das Stichwort Tagesschule und das Stichwort Kosten, darf ich hier nennen. Sie haben auch gehört, wie das neue Schulhaus aussehen soll. Und zuletzt haben Sie noch gehört, wie viel dieses Schulhaus kosten soll, netto CHF 66'500'000 nach Abzug des Infrastrukturbeitrags. Noch nicht viel gehört haben Sie zur Frage, wie sich der Gemeinderat die Finanzierung dieses grossen Investitionsvorhabens vorstellt. Toni Lauber hat es schön gesagt, es geht heute nur um die Finanzierung, es geht nicht um die effektive Bezahlung des Schulhauses. Ich kann Ihnen versichern, dass sich der Gemeinderat sehr früh Gedanken zur Finanzierungsstrategie, zu den Finanzierungsmodellen und zu den Finanzierungsmöglichkeiten dieses grossen Projekts gemacht hat. Bereits im Jahr 2009, als der Jahresabschluss 2008 vorlag, hat der Gemeinderat Ihnen in weiser Voraussicht vorgeschlagen, dass wir rund CHF 8'300'000 in eine Vorfinanzierung bereitstellen für das Schulhausprojekt. Mit dem Rechnungsabschluss 2009, wiederum ein gutes Ergebnis, haben wir eine ausserordentliche Abschreibung von rund CHF 10'700'000 vorgenommen. Finanztechnisch hat das in etwa die gleiche Wirkung wie die Einlage in die Vorfinanzierung. Mit dem Abschluss 2010 und 2011 standen wir wieder vor der gleichen Tatsache. Wir haben gute Abschlüsse gemacht und wir konnten nochmals Einlagen in die Vorfinanzierung machen von, beide Jahren zusammen, CHF 12'200'000. In den Jahren 2009 bis 2011 haben wir somit CHF 20'500'000 in eine Vorfinanzierung für dieses Schulhausprojekt gelegt. Diese Vorfinanzierungen sollen jetzt die erste Säule dieser Finanzierung darstellen. Mit diesen Vorfinanzierungen soll das Schulhaus unter anderem finanziert werden. Es ist zwar richtig, dass die CHF 20'500'000 nicht auf einem gesonderten Konto sind, wo wir uns einfach bedienen können. Von den CHF 20'500'000 sind rund CHF 10'000'000 vorhanden, welche auf einem Konto liegen und welche wir benötigen können. Mit dem Rest haben wir damals Schulden abgebaut, sodass wir heute mit dem Schuldenstand tiefer sind beim Start des Baus des Schulhauses. Finanztechnisch ist es klar, die Vorfinanzierung hatte die Wirkung, dass wir dort eine Vorwegnahme der Abschreibungen gemacht haben. In Zukunft werden wir wesentlich bessere Ergebnisse erwarten, weil wir die Abschreibungen damals bereits vorgenommen haben. Die beiden anderen Säulen, auf welche die Finanzierung aufbauen soll, sind einerseits die Veräusserung von Vermögen, welches wir aus heutiger Sicht des Gemeinderates nicht mehr benötigen, und andererseits die dritte Säule ist die Aufnahme von Fremdkapital, eine ausgewogene Finanzierungsbasis, welche wir Ihnen hier vorschlagen. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das Schulhaus auch ohne Steuererhöhungen finanzierbar ist. Einerseits muss sich die finanzielle Zukunft so entwickeln, wie wir dies in unseren Plänen uns vorstellen. Die weitere Grundlage muss sein, dass wir effektiv einen Teil unseres Vermögens veräussern. Wir haben aktuell einen Steuerfuss von 58%, der Durchschnitt im Kanton ist 58,8%, da stehen wir gut da. Im Bezirk Arlesheim liegt der Durchschnitt bei 52,5%, da stehen wir nicht mehr so gut da. Ich denke, dass wir uns mit diesen Gemeinden vergleichen müssen. Um weiter attraktiv zu bleiben, sollten wir Steuererhöhungen nicht in Betracht ziehen. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass eine Kombination von verschiedenen Finanzierungsquellen, Vorfinanzierung, Veräusserung und Fremdkapital, die beste und nachhaltigste Finanzierungslösung darstellt. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass es nicht gescheit wäre, nur auf ein Pferd zu setzen, sprich nur eine Säule zu beachten. Jede Finanzierungsquelle hat für sich betrachtet immer Vor- und Nachteile. Wenn wir Fremdkapital aufnehmen, dann ist es klar, dass wir in den nächsten Jahren Schuldzinsen bezahlen. Die Schuldzinsen belasten unsere Rechnung und wir erwarten dann schlechtere Abschlüsse. Auf der anderen Seite ist es klar, dass wir diese Schulden der nächsten Generation übergeben müssen, das ist nicht die Idee des Gemeinderates. Bezüglich der Veräusserung des Vermögens hat sich der Gemeinderat die Frage gestellt, ob es richtig ist, sich von gewissen Parzellen zu trennen oder ob wir diese in Zukunft nicht doch noch brauchen. Der Gemeinderat ist klar zum Ergebnis gelangt, dass es vertretbar ist, drei Parzellen zu veräussern, um das neue Schulhaus zu finanzieren. Der

Gemeinderat denkt an die folgenden Parzellen: Sturzeneggerareal, Bettenackerareal, Gartenstrasseareal. Auf den beiden letztgenannten stehen jetzt Schulhäuser drauf. Wir haben Ihnen präsentiert, dass wir aus zwei Schulhäusern ein Schulhaus machen möchten. Diese Parzellen werden wir ganz sicher nicht mehr benötigen. Der Gemeinderat ist nach einer umfassenden Prüfung von allen zum Verkauf möglichen Parzellen zum Schluss gekommen, dass mit dem Verkauf von den drei Grundstücken ein Buchgewinn von CHF 20'000'000 bis CHF 25'000'000 realisiert werden kann und dadurch das Schulhaus mit einem Drittel finanzierbar ist. Die beiden anderen Drittel sind die Vorfinanzierung und die Aufnahme von Fremdkapital. Mit dieser Finanzierungs Kombination lässt sich das Schulhaus realisieren, davon ist der Gemeinderat überzeugt. Ich verweise dabei auf den Bericht, den Sie in den Akten hatten, von der BDO, welche die Finanzierbarkeit überprüft. Ich gehe davon aus, dass Frau Sutter von der BDO dies Ihnen nachher besser darlegen kann als ich.

Noch ein paar Worte zu den veräusserbaren Vermögenswerten, welche die Gemeinde hat. Er hat jeweils geschaut, welche Parzelle wir haben, welche wir veräussern können und wie sieht es überhaupt aus mit einem möglichen Buchgewinn. Sie sehen aufgrund dieser Folie, dass wir verschiedene Parzellen haben. Es sind nicht nur diese drei, welche wir im Kopf haben, sondern es gibt noch weitere. Dies sind unter anderem die Mühle und die Wegmatten. Sie sehen aufgrund dieser Zusammenstellung, dass wir Vermögenswerte mit einem Buchgewinn von rund CHF 63'000'000 haben. Im Prinzip könnten wir das Schulhaus mit der Veräusserung von Vermögenswerten vollständig decken. Der Gemeinderat ist dazu nicht gewillt, es geht nicht darum, alles zu veräussern, was wir haben. Er denkt an diese drei bereits genannten Parzellen, welche wir in Zukunft nicht mehr brauchen werden.

Noch ein Wort zum konkreten Finanzierungsplan. Sie sehen es hier aufgrund dieser Folie. Die Vorfinanzierung sind die CHF 20'500'000. Im 2015 haben wir die Veräusserung der Parzelle Sturzenegger im Kopf. Im 2018 und 2019 kämen dann die beiden anderen Parzellen, Gartenstrasse und Bettenacker. Wenn man dies anschaut, dann sieht man, dass das Fremdkapital, auch wenn wir die Finanzierung so durchführen, am Anfang ansteigen wird. Die Fremdfinanzierung wird nachher auch wieder runterkommen.

Zum Schluss möchte ich folgendes nochmals klar vor Augen führen. Wir reden heute nur von einer Finanzierungsstrategie. Wir reden darüber, welche Möglichkeiten es gibt, dieses Schulhaus zu finanzieren. Es ist heute noch nichts in den Stein gemeisselt. Jeder Entscheid bezüglich der Veräusserung von Parzellen wird nochmals dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Der Einwohnerrat darf letztlich über alles nochmals definitiv entscheiden. Es wird auch eine Volksabstimmung geben, wenn wir effektiv eine Parzelle veräussern. Das letzte Wort ist keineswegs gesprochen. Der Gemeinderat wird sich in Zukunft immer wieder Gedanken machen über die Finanzierung dieses grossen Projekts. Wenn sich in Zukunft bessere Finanzierungsmöglichkeiten ergeben werden, wenn irgendwie Geld kommt, dann ist es klar, dass wir auf die Veräusserung einer Parzelle zurückkommen werden. Das soll aber nicht heissen, dass sie sich zur Finanzierung aus heutiger Sicht noch keine Gedanken machen müssen. Im Gegenteil, es ist sehr wichtig für den Gemeinderat, dass Sie sich über die Finanzierungsmöglichkeiten im Klaren sind und die aufgezeigte Strategie mittragen können.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir kommen zum letzten Teil. Wie geht es weiter? Wir sind darauf angewiesen, dass wir heute den Beschluss fassen, damit wir das Geschäft in Ruhe zur Volksabstimmung bringen können. Ziffer 4 der Anträge ist nur zur Kenntnisnahme, das möchte ich vorweg schicken. Es ist kein schwerwiegender Beschluss, den wir heute fassen. Die Volksabstimmung kann am 09. Juni stattfinden. Wir würden dann mit dem Sportplatz im Sommer 2013 starten. Wir arbeiten an der Baubewilligung bis im Februar 2014, wo wir begleitet sind und die Anliegen, welche heute deponiert werden betreffend Aussenraumgestaltung, miteinander diskutieren und Lösungen finden können. Aufnahme des Betriebs für den Sportplatz ist in der Saison 2014 vorgesehen. Der Baubeginn des Schulhauses ist im Juni 2014 vorgesehen und dann sind wir parat für die Aufnahme des Schulbetriebs im August 2016. Damit sind wir mit der Präsentation von unserem Schulhaus fertig. Wir können jetzt die Fragen beantworten.

Rolf Adam, Präsident: Jetzt kommen wir zuerst zum Bericht des Präsidenten der VPK.

Armin Bieri, VPK-Präsident: Wir haben das in sehr kurzer Zeit reinwürgen müssen, innerhalb von zehn Tagen mit drei Sitzungen. Das hat uns allen etwas gestunken, weil es für Allschwil wahrscheinlich ein Jahrhundertprojekt ist. Wir hatten dafür extrem wenig Zeit. Wir haben aber den Auftrag trotzdem ausgeführt. Wieso braucht man überhaupt so ein grosses Schulhaus. Das wurde mehrfach erwähnt, wir haben 40 Jahre lang nichts investiert, da staut sich einiges an. Allschwil hat unterdessen ein bisschen mehr Bewohner und es gibt auch mehr Geburten. Es gibt mehr Kinder, die in die Schule kommen. Und dann gibt es noch Harnos, was dies auch noch ergänzt und gegen oben aufbauscht. Es braucht vier

Klassenzüge mit sechs Klassen. Das ist in den bisherigen Schulanlagen mehr oder weniger nicht machbar. Es wäre wahrscheinlich ideal, wenn wir zwei Schulhäuser bauen könnten. Dieser Zug ist wahrscheinlich vor 20 Jahren abgefahren, das hätte man in den 90er-Jahren bauen können, ein Schulhaus mit zwei Klassenzügen. Es ist klar, ein grosses Schulhaus ist billiger als zwei kleine. Das ist wie bei zwei Einfamilienhäusern, die teurer sind, als zwei zusammengebaute Einfamilienhäuser. Preislich liegen wir ziemlich in der Mitte. Die VPK ist der Ansicht, dass es kein Luxusbau ist. Es ist auch kein minimalistischer Bau. Es hat, was es braucht und es hat nicht zu viel. Bezüglich des Raumangebots würden wir es massiv falsch finden, wenn man auf das absolute Minimum geht. Wir würden dann für heute bauen und morgen wäre es dann bereits zu klein. Wenn wir so viel Geld in die Hand nehmen, dann muss es eine Zukunftsinvestition sein. Es muss minimale Reserven räumlicher Natur geben. Wir brauchen eine grosse Flexibilität, sodass wir es mit wenig Aufwand den neuen Gegebenheiten anpassen können. Die ganze Pädagogik ist ständig im Wandel. Wir sind 60 Experten und Expertinnen mit 60 verschiedenen Meinungen und Ideen. Irgendeinmal muss man etwas beschliessen und dies ausführen. Wir können noch die nächsten 20 Jahre weiterplanen und werden besser, aber dann haben wir immer noch kein Schulhaus.

Architektonisch ist das Schulhaus faszinierend, es ist etwas Neues. Mit den Metallrohren an der Aussenfassade ist es faszinierend und noch besser als mit dem Holz. Mit den Balkonen, die es aussen hat, ist dies für den Schulbetrieb auflockernd. Man kann den Balkon benutzen und gleichzeitig ist dies auch der Fluchtweg. Innen kann man den Raum viel besser benützen, als wenn der Fluchtweg innen wäre. Das Schulhaus selber besteht fast aus zwei Baukörpern. Im Parterre ist es noch getrennt. Im ersten und zweiten Geschoss haben wir ein durchgehendes Gebäude. Dadurch gibt es eine gewisse Trennung, einerseits Tagesschule und Grundstufe, und andererseits die Mittelstufe, die im mittleren Teil ist. Die Schulräume sollten möglichst flexibel sein, das ist nach unserer Ansicht vorhanden. Wir haben relativ viel über die Flexibilität zwischen Klassenzimmer und Gruppenräumen diskutiert. Da sind jetzt fixe Wände drin, da gingen die Meinungen auseinander, ob es nicht besser wäre, dort flexible Abtrennungen zu haben. Ein Vorteil ist, dass man die Gruppenräume und die Klassenzimmer besser gebrauchen kann. Der Nachteil ist, dass eine flexible Wand teurer ist, und es geht Stauraum verloren. Die fixen Wände, welche vorgesehen sind, entsprechen dem Wunsch der Lehrerschaft.

Die Turnhalle ist zwingend für die Grösse des Schulhauses. Wenn man dort nicht noch einen Saal und eine Küche dazunimmt, dann verbaut man sich grosse Möglichkeiten, nicht nur für die Schule, sondern auch für die ganze Gemeinde.

Zum Dach. Die Photovoltaikanlage war eine grosse Diskussion. Es ist unbestritten, dass dies sinnvoll ist. Der einzige Diskussionspunkt war, ob dies die Gemeinde selber machen soll oder fremdvergeben soll. Die Gemeinde möchte es jetzt fremdvergeben. Wir waren mehrheitlich der Ansicht, dass man es offen lassen sollte. Dies ist nach unserer Ansicht noch nicht zwingend, dass man es festlegen muss. Wir meinen, dass man es auch in zwei oder drei Jahren noch festgelegt werden kann. Wichtig ist, dass die Vorbereitungsarbeiten gemacht werden, damit dies nachher so installiert werden kann. Dies ist ja so geplant.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Aussenanlage, da gibt es einen Antrag heute. Was wir hier auf den Plänen haben, ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluss. Es gibt noch weitere Möglichkeiten und nach heutigem Planungsstandard muss es noch entwickelt werden. Die Energiezentrale, welche die EBM baut, ist nicht Gemeindesache, die Gemeinde muss die nicht bezahlen. Sie ersetzt die alte Energieanlage beim Lettenschulhaus, welche auch von der EBM betrieben wird. Sie wird das Schulhaus heizen und auch das Lettenschulhaus. Es wird eine Pelletheizung geben, das ist äusserst sinnvoll und dies verbessert die Energiebilanz des Schulhauses. Es ist eine Tiefgarage geplant mit 24 Plätzen für die Lehrerschaft. Das ist kein öffentliches Parking, sondern im Untergeschoss und nur für die Lehrer. Es gibt relativ viel Veloparkplätze, 174 Plätze. Wir fanden dies ziemlich knapp bemessen. Hier hätten wir den Wunsch, dass es mehr Veloparkplätze geben sollte. Zu den Energiestandards. Man ist von Minergie P zurück auf Minergie gegangen. Damit sparen wir fast eine Million, was nicht ungeschickt ist. Es hat den angenehmen Nebeneffekt, denn bei Minergie P müssen die Fenster geschlossen sein. Die Balkone wären dann nicht brauchbar, weil die Fenster zu sind und nur im Brandfall aufgehen, oder man könnte eine aufwändige Steuerung einbauen. Wenn die Türen aufgemacht werden, stellt die Lüftung ab. Minergie P stellt zwingend eine Lüftung voraus. Nebst den Dämmmassnahmen von CHF 1'000'000 würde man noch ein paar Franken in eine Steuerung investieren. Dies ist nicht das Gelbe vom Ei. Schlussendlich haben wir noch die Finanzierung angeschaut. Das war in unserer Kommission der grösste Streitpunkt. Dazu wird die Fireko sicher noch etwas sagen, ich möchte nicht allzu vertieft darauf eingehen. Wir haben Anträge oder Aufträge gestellt. Im Bericht sehen Sie unter Punkt 5, dass die VPK dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, dass man rechnet, wie teuer es ist, wenn man die Wände zwischen Schulzimmer und Gruppenräumen flexibel gestaltet, also mobil, damit sie schnell entfernt werden können. Dann hätten wir eine Entscheidungsgrundlage, ob wir dies finanzieren möchten. Dieser Antrag wurde mit 4 zu 2 Stimmen gefasst. Die VPK stellt einen Änderungsantrag, den wir mit 5 zu 2 Stimmen stellen. Die Photovoltaikanlage soll noch nicht fix fremdvergeben werden, sondern dies soll jetzt noch offen gelassen werden. In einem weiteren Beschluss in zwei bis drei Jahren, wenn das Gebäude fertig

ist, könnte beschlossen werden, ob man diese Investition selber machen oder fremdvergeben möchte, auch mit einem eventuellen Gewinn.

Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat mit 6 zu 0 Stimmen, den Anträgen 1 – 3 zuzustimmen. Der Antrag 4 war sehr umstritten, die Finanzierungsstrategie, da gab es 2 Ja, 2 Nein- und 2 Enthaltungen. Mit Stichentscheid des Präsidenten empfehlen wir dies auch zur Annahme.

René Imhof, Fireko-Präsident: Die Fireko hat anlässlich ihrer Sitzung vom 06. Februar 2013 beschlossen, bei der BDO Revisionsgesellschaft den geplanten Schulhausneubau im Hinblick auf die mittel- und langfristige Finanzplanung unserer Gemeinde begutachten zu lassen. Dieser Aufwand für eine externe Begutachtung ist insbesondere vor dem Hintergrund geschehen, dass der im Raum stehende Investitionsbeitrag für das geplante neue Schulhaus zwischenzeitlich von ursprünglich CHF 53'000'000 auf knapp CHF 70'000'000 angestiegen ist. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass die Gemeinde mit der bevorstehenden Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse auch sonst erheblich in Anspruch genommen wird, was wir vorhin auch gehört haben. Im umfangreichen Gutachten vom 01. März kam die BDO zur Erkenntnis, dass die Gemeinde Allschwil in den Planjahren 2013 – 2015 mit zum Teil stark ansteigenden Ausgaben zu rechnen hat. Massgeblich dafür sind die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse, die zu erwartenden Kostensteigerungen beim Finanzausgleich aufgrund von höheren Steuereinnahmen, die zu erwartende Kostensteigerungen bei der Pflegefinanzierung sowie die zu erwartenden Mehrausgaben im Schulbereich aufgrund der Einführung von Harnos und aufgrund der steigenden Kinderzahl. Nach dem Jahr 2016 wird sich das Ergebnis in Folge steigender Steuereinnahmen sowie wegen den Entnahmen aus der Vorfinanzierung für das neue Schulhaus zwar verbessern, gleichzeitig steigen jedoch die Zinsausgaben. Die steigenden Steuererträge werden damit den Anstieg der Mehrausgaben nur teilweise ausgleichen können. Die BDO haltet in ihrem Gutachten vom 1. März gleichwohl fest, dass die anstehende Grossinvestition "Unser neues Schulhaus" zwischen den Jahren 2013 und 2019 liegenden Zeitraum am Ende der Planungsperiode zu einer Bruttoverschuldung von CHF 66'000'000 sowie zu einem jährlichen Abschreibungsvolumen von CHF 5'860'000 wird. Für eine Gemeinde in der Grösse von Allschwil ist dies grundsätzlich tragbar, wenngleich grundsätzlich an der oberen Verschuldungsgrenze. Eine Amortisation von den Investitionen kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass die Selbstfinanzierung über dem Abschreibbedarf liegt. Deswegen ist es mittelfristig zwingend, positive Selbstfinanzierung mit einem Selbstfinanzierungsanteil von 20% anzustreben. Die Bruttoverschuldung darf gleichzeitig nach dem Jahr 2019 nur noch moderat anwachsen. Insbesondere im Hinblick auf allfällige Anstiege des Zinssatzes. All das erscheint nach der Auffassung der BDO grundsätzlich als machbar. Alles in allem kommt die BDO zum Schluss, dass das geplante neue Schulhaus unter folgenden Voraussetzungen finanzierbar ist: Die Gemeinde Allschwil erreicht mittelfristig eine Selbstfinanzierung zwischen CHF 4'000'000 und CHF 5'000'000, was zu Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen, Steuererhöhungen führen kann. Die Gemeinde Allschwil erarbeitet eine detaillierte Verzichtsplanung, welche angesichts der strukturellen Mehrausgaben und Abschreibungsbedarf bis 2019 unter CHF 5'000'000 ist. Nach 2020 muss die jährliche Netto-Investitionssumme zwingend unter CHF 5'000'000 liegen, andernfalls kann keine Amortisation der Investition erfolgen. Desinvestitionen, Verkauf Areal Sturzenegger und die Grundstücke der Schulhäuser Bettenacker und Gartenstrasse, erfolgen gemäss der vorliegenden Planung. Planungsmassnahmen betreffend Steuern, Zinsentwicklung und Ausgabenentwicklung werden eingehalten. Dazu ist insbesondere bei den ambitionösen Steuereinnahmen ein minutiöses Monitoring zu betreiben. Allfällige Abweichungen müssen beim Aufwand umgehend kompensiert werden. Bei der Aufnahme von Fremdgeldern empfiehlt die BDO zudem aufgrund der aktuellen immer noch sehr günstigen Zinslage möglichst langfristige Darlehensverträge. Die Fireko schliesst sich dieser gutachterlichen Einschätzung der BDO vollumfänglich an. Das geplante neue Schulhaus ist aufgrund der Einführung von Harnos sowie aufgrund der Altersentwertung der bestehenden Schulhäuser an der Gartenstrasse sowie am Bettenacker absolut zwingend und alternativlos. Ein allenfalls mögliches Sparpotential beim vorliegenden Projekt wurde weder durch die BDO noch durch die Fireko ausgelotet. Auch wenn das Projekt "Unser neues Schulhaus" bezüglich deren vom Gemeinderat angezeigten Finanzierungsstrategie eine enorme Disziplin erfordert und weder ein Abweichen nach links oder rechts dieser Strategie zulässt, empfiehlt die Fireko dem Einwohnerrat, den Anträgen des Gemeinderates gemäss Ziffer 7 seines Berichts vom 16. Januar gesamthaft zuzustimmen. Der Entscheid der Fireko ist anlässlich der Sitzung vom 26. Februar 2013 hinsichtlich der Anträge 1 und 4 jeweils mit 3 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen, und hinsichtlich der Anträge 2 und 3 jeweils einstimmig gefallen.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es Fragen betreffend Finanzierung?

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Ihr habt unsere Bedenken gehört, wenn dies jetzt kommen muss und wir später keine Zeit mehr haben. Wenn wir das Schulhaus möchten, dann kostet das CHF 66'000'000, abzüglich den CHF 3'000'000, die wir zurückerhalten.

Rolf Adam, Präsident: Herr Benz, wir lassen zuerst Frau Sutter reden, danach können Sie Ihre Fragen stellen.

Karoline Sutter, BDO: Danke für die Möglichkeit, dies hier zu erläutern, was Sie bereits in Berichtsform vorliegend haben. Mein Name ist Karoline Sutter und ich arbeite als Unternehmensberaterin im Team für die Öffentliche Verwaltung und NPO bei der BDO AG. Ich darf seit mehreren Jahren bei der Revision der Gemeinde Allschwil mitwirken. Ich kenne daher die Gemeinde Allschwil gut und ich kenne auch das Gemeindewesen, weil ich eine Zeit lang Verwaltungschefin einer Baselbieter Gemeinde war. Wir hatten den Auftrag der Fireko, die Finanzierbarkeit des Projekts anzuschauen und einen Bericht zu erstellen. Wir haben das Projekt selber nicht untersucht. Wir können Ihnen nicht sagen, ob es ein günstiges oder ein teures Projekt ist. Wir haben geschaut, wie dieser Betrag, der zur Diskussion steht, in die Finanzplanung der Gemeinde Allschwil passt und welche Auswirkungen dies hat. Wir haben zuerst geschaut, welche Parameter Sie nehmen in Ihrer Finanzplanung 2013 – 2017. Bei den Personalkosten nimmt diese Finanzplanung an, dass alle Leistungsbereiche um 1,25% bis 2,25% ansteigen in den nächsten Jahren. Das ist eine Kombination von Teuerung und Stufenanstieg. Das ist ein Wert, der angesichts der Entwicklung der Teuerung hoch ist. Er korreliert aber mit dem angenommenen Wachstum bei den Steuereinnahmen von den natürlichen Personen. In Ihrer Finanzplanung netten Sie den übrigen Aufwand, abzüglich Ertrag und ohne Steuern. Sie rechnen dort mit einem Wachstum von 1% über alle Leistungsbereiche. Das ist der übliche Planungswert, den man bei Finanzplanungen in Gemeinden sieht. Ein wichtiger weiterer Faktor ist, was Allschwil annimmt, wie sie weiter wachsen wollen. Dort ist die Planungsannahme, dass es 100 Personen pro Jahr sind, da sich verschiedene Bauprojekte in Realisierung befinden. Das ist eine plausible Annahme. Eine weitere Annahme, und das ist wahrscheinlich eine der schwierigsten und ich werde mich hüten, hier eine Prognose abgeben, da wir dafür besser hellsehen würden als eine Finanzberaterin zu beauftragen, nämlich wie entwickelt sich das Zinsniveau in Zukunft. Wir hatten eine sehr günstige Zinsentwicklung und der öffentliche Bereich profitiert natürlich davon, indem er Einnahmen generieren kann und vorzügliche Zinskonditionen hat. Sie haben in Ihrer Finanzplanung mit 2,25% gerechnet. Da gibt es nicht mehr viel Spielraum nach unten, auch wenn man im Moment noch ein bisschen weniger sieht. Wir denken, dass es nie unter 2% rutschen wird. Sie sehen das im Bericht der BDO auf Seite 9 ausgerechnet, was es für die Selbstfinanzierung heisst. Wir haben lange auch andere Zinssätze gesehen, darum ist 5% heute viel, aber langfristig ein sehr plausibler Zinssatz. Sie sehen, was dies mit Ihren Kosten machen würde, wenn der Zinssatz auf 5% steigen würde. Dies ist nicht unplausibel, weil Sie sich sehr langfristig verschulden möchten, darum muss man mit einem höheren Zinsniveau rechnen. Wenn Sie 2,25% auf 5% erhöhen, dann ist es ein bisschen mehr als eine Verdoppelung, was Sie für die Schulden bezahlen müssten.

Man hat über strukturelle Mehraufwände gesprochen, die Pensionskassenausfinanzierung, die Pflegefinanzierung, und speziell in Allschwil ist, dass man auch noch wächst aufgrund der Kinderzahlen. Wir haben das grafisch dargestellt, damit man sieht, in welchen Bereichen die Kosten anfallen. Zum überwiegenden Teil ist dies in der Bildung und ein bisschen etwas im Verkehr, das sind in der Regel Investitionen in den Strassenbau. In die anderen Bereiche, insbesondere allgemeine Verwaltung und öffentliche Sicherheit wird sehr wenig investiert in den nächsten Jahren. Das sind die Investitionen, welche Sie in der Priorität 1 und 2 in Ihrer Finanzplanung haben. Wir haben im Rahmen dieser Analyse geschaut, wie es steuerlich aussieht in Allschwil. Die interessanteste Gemeinde zum vergleichen ist Reinach, weil Sie in etwa gleich gross sind und eine vergleichbare Bevölkerungsstruktur haben. Das ist die Entwicklung des Steuerertrags natürliche Personen. Man sieht deutlich in der Säule links, dass der höhere Steuerfuss in Allschwil Ihnen die höheren Einnahmen beschert. Die anderen Gemeinden, welche sehr gute Steuerzahler haben, machen noch bessere Steuererträge pro Einwohner. Allschwil liegt hier im Durchschnitt. Hier sehen Sie die juristischen Personen. Hier sehen wir eine Entwicklung, welche wir in vielen Gemeinden sehen. Der durchschnittliche Steuerertrag hat sich deutlich verbessert. Das ist grossmehrheitlich auf die guten Ergebnisse zurückzuführen, welches vor allem die juristischen Personen in den letzten Jahren abgeliefert haben und die durchschnittlichen Steuererträge der juristischen Personen hat anwachsen lassen. Wenn man gute Steuerzahler hat, dann lohnt es sich zu schauen, welche das sind und auszurechnen, wie viel die fünf besten Steuerzahler ausmachen. Im Jahr 2010 haben wir alle Zahlen, und die fünf besten Steuerzahler bezahlen da 2% und die 20 besten bezahlen 5% aller Steuererträge. Bei den juristischen Personen ist das noch markanter. Da bezahlen die fünf grössten 60% des Gesamtertrags der juristischen Personen. Das muss man relativieren, weil bei Ihnen der Anteil der Steuererträge der juristischen Personen bei 7% liegt. Das ist zwar schön und gut, aber nicht der entscheidende Effekt. Wir haben die Steuerpolitik analysiert und ich komme jetzt darauf, was ich am

Anfang gesagt habe, nämlich die 2,5% Wachstumsannahme bei den natürlichen Personen. Das sind CHF 1'100'000 bis CHF 1'200'000 jährlich mehr, das ist viel. Wenn man dies auf den Durchschnittssteuerzahler rechnet, dann sind das 450 bis 480 Durchschnittssteuerzahler zusätzlich, also jedes Jahr mehr. Dies weicht von Ihren eigenen Planungsannahmen ab, wo sie mit 100 zusätzlichen Einwohnerinnen pro Jahr rechnen. Dieser Planungswert ist sehr ambitiös. Wir hätten uns viel kritischer geäußert zu diesem Planungswert, wenn er nicht korrelieren würde mit dem Wachstumspfad bei den Ausgaben. Da rechnen Sie mit dem gleichen Wert, in der Annahme, wenn es eine Teuerung gibt und die Steuereinnahmen wachsen, auch die Ausgaben wachsen. Wenn der Effekt nicht eintreten würde, dann würden beide Seiten zurückgehen. Das darf man so annehmen, man muss es dann sehr genau beobachten, dass es auch wirklich auf beiden Seiten so ist. Bei den juristischen Personen nehmen Sie einen Wachstumspfad von 1,6% bis 2,2%, dies entspricht einem Erfahrungswert und erscheint uns plausibel. Wir haben die Klumpenrisiken, also die Tops, analysiert. Es gibt einige wenige gute Steuerzahler in Allschwil, vor allem bei den juristischen Personen. Aber man kann nicht von grossen Klumpenrisiken in Allschwil reden, wo man sagen müsste, dass, wenn diese Firma Allschwil verlassen würde, wäre es ein sehr schwieriger Schritt für Allschwil.

Wir haben einen besseren und einen schlechteren Verlauf simuliert. Beim besseren Verlauf haben wir angenommen, dass das Wachstum bei den juristischen Personen höher ist als die Planungsannahme, nämlich 3,5% anstatt 1,6% bis 2,2%. Man sieht, dass dies ein bisschen etwas ausmacht, aber weil dieser Anteil nicht so hoch ist, reisst das die ganze Sache nicht raus. Es ist aber ein realistisches Szenario, welches durchaus eintreffen könnte. Das andere Szenario ist, dass das Wachstum bei den natürlichen Personen nicht 2,5% ist, sondern eher 1% beträgt, was die übliche Planungsannahme bei den Gemeinden ist. Sie sehen, wo dies hinführen würde. Wir haben das in einer Tabelle im Bericht auf Seite 17 dargestellt. Da sehen Sie, was dies mit der Selbstfinanzierung macht. Im Bericht auf Seite 18 sehen Sie die Selbstfinanzierung. Was ist das: Die Selbstfinanzierung sind die Einnahmen minus Ausgaben, das sehen Sie in der obersten Zeile, das Ergebnis 1, vor Passivzinsen, und die Selbstfinanzierung oder das Ergebnis 2, wenn man die Passivzinsen abgezogen hat. Dort sehen Sie die Entwicklung, welche völlig unabhängig von allen Investitionen ist, dass die Ausgaben wachsen. Da gibt es ein Problem unabhängig aller Investitionen. Da sind Sie in guter Gesellschaft. Bei Ihnen ist diese Entwicklung, da Sie einen höheren Steuerfuss haben, nicht so dramatisch wie in anderen Gemeinden. Sie sehen die Passivzinsen, die steigen mit den steigenden Investitionen natürlich an, dann müssen Sie mehr bezahlen für das Fremdkapital. Sie kommen dann auf eine Selbstfinanzierung von rund CHF 3'300'000 gemäss Budget 2012 auf einen tiefen Wert, 888, bis auf rund CHF 2'000'000 im Jahr 2019. Wir haben dies in Selbstfinanzierungsanteilen gerechnet, das ist die Selbstfinanzierung mal hundert durch den Finanzertrag. Ein guter Wert würde zwischen 10% und 20% liegen. Jetzt kommt etwas Entscheidendes, wenn wir die Buchgewinne – wir haben diese vorhin nicht mit eingerechnet – mitrechnen, dann ändert sich das Ergebnis deutlich. Der Selbstfinanzierungsanteil ist dann noch kein guter, aber ein akzeptabler Wert. Das ist eine schlaue Strategie, dass man durch die Veräusserung des Finanzvermögens, den Selbstfinanzierungsgrad anheben kann, sodass dieser knapp unter dem Wert liegt, den man erreichen möchte.

Das ist die Desinvestitionsplanung, ich zeige Ihnen das nochmals, weil die interessanten beiden Linien die unteren sind, total Verkaufspreis und Buchgewinn. Da muss man der Gemeinde Allschwil ein Kränzlein winden. Sie haben das so geplant, dass der Verkauf nicht nur Liquidität verschafft, sondern sie haben auch einen Buchgewinn. Es kommt der laufenden Rechnung zugute und entlastet diese, wenn Sie dies so realisieren können. Eine wichtige Frage beim Bau des Schulhauses ist, ob es ein einmaliges grosses Vorhaben für die Gemeinde ist oder ob es gleich weiter geht. Man sieht bei den Investitionsvorhaben nach 2017 deutlich, dass es zurückgehen wird. Es gibt nichts mehr Grosses in der Pipeline der Gemeinde Allschwil. Wir haben das aufgerechnet, in der Pipeline sind knapp CHF 25'000'000, wobei es dort das eine oder andere dabei, was noch Sparpotential hat. Wir haben Ihnen ausgerechnet, was dies an jährlichen und zusätzlichen Abschreibungen bedeuten würde.

Was macht das mit der Bruttoverschuldung? Frau Nüssli hat dazu schon alles Wesentliche gesagt. Sie konnten den Bestand Ende 2012 verringern, indem Sie Schulden reduziert und Liquiditätsreserven aufgelöst haben. Man sieht hier gut, was die Liquiditätsschübe durch den Verkauf von Liegenschaften bewirkt. Im Jahr 2014 sieht man, dass es noch Liquiditätsreserven hat. Sie können diese auflösen und die Bruttoverschuldung dadurch verringern. Man sieht die Spitze 2017, da kommen Sie auf fast CHF 80'000'000 und können sich dann durch Ihre Desinvestitionsstrategie wieder entlasten. Ende Planperiode sind Sie bei CHF 66'000'000. Es ist deutlich eine Spitze. Es gibt dieses grosse Investitionsvorhaben, welches alle hundert Jahre einmal umgesetzt wird. Das ist diese Spitze, welche auch wieder zurückgeht. Bei der Entwicklung des Eigenkapitals, im Bericht auf Seite 23, sehen wir eine Abnahme des Eigenkapitals bis ins Jahr 2017, danach ist es wieder eine Zunahme. Wie kommt das zustande: Es ist immer nach Addition Buchgewinne. Also nicht nur die Liquidität, sondern auch die Realisation von Buchgewinnen, welche das Ergebnis der Rechnung herausholt. Damit können Sie dem Verlust von Eigenkapital vorbeugen.

Unsere Schlussfolgerungen: Wir haben einen markanten Abfall beim operativen Betriebsergebnis vor Passivzinsen und Abschreibungen in der Höhe von rund CHF 2'400'000. Die Ursachen sind die Ausfinanzierung der Pensionskasse, Kostensteigerungen beim Finanzausgleich, Mehrausgaben für die Pflegefinanzierung und Mehrausgaben im Bildungsbereich. Ab 2017 stehen Ihnen unter den jetzigen Voraussetzungen nur noch knapp CHF 2'000'000 für Abschreibungen zur Verfügung. Das ist ein Problem, welches Sie unabhängig von allen Investitionen haben. Dieses Problem müssen Sie lösen, egal ob Sie dieses Schulhaus bauen oder nicht. CHF 2'000'000 ist eine zu kleine Selbstfinanzierung für eine Gemeinde mit der Grösse von Allschwil. Sie benötigen einen Spielraum von CHF 4'000'000 bis CHF 5'000'000, damit Sie Investitionen tätigen können. Grossinvestitionen 2013 bis 2019 führen zu einer Bruttoverschuldung in der Höhe von CHF 66'000'000. Das jährliche Abschreibungsvolumen steigt auf CHF 5'680'000. Wir haben gesagt, dass die Bruttoverschuldung und der Amortisationswert für die Gemeinde in der Grösse von Allschwil tragbar sind, unter der Voraussetzung, dass die Investitionen amortisiert werden können. Das Ergebnis 2, die Selbstfinanzierung nach Passivzinsen, muss auf die Höhe des jährlichen Abschreibungsvolumens kommen. Die Bruttoverschuldung darf nach 2019 nur noch sehr moderat wachsen, also keine Realisierungen von Grossprojekten.

Herr Imhof hat unsere Empfehlungen bereits gesagt, ich wiederhole es bzw. bringe es noch auf den Punkt. Die Selbstfinanzierung, operatives Ergebnis, muss CHF 4'000'000 bis CHF 5'000'000 erreichen, unabhängig davon, was Sie investieren. Entweder kommt dies durch Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen zustande, entweder vom Himmel oder allenfalls durch Steuereinnahmen. Wir würden Ihnen sehr empfehlen, dass Sie versuchen den jährlichen Abschreibungsbedarf unter CHF 5'000'000 zu drücken. Das würde sie entlasten, damit die Selbstfinanzierung nicht so gross werden muss. Ansonsten würden die CHF 4'000'000 bis CHF 5'000'000 nach oben nicht mehr stimmen, dann wären es nämlich CHF 5'000'000 bis CHF 6'000'000. Die Desinvestitionsplanung muss so passieren, wie Sie vorgesehen ist, ansonsten wäre Ihre Bruttoverschuldung deutlich höher und damit auch der Zinsaufwand. Und sie müssten eine höhere Selbstfinanzierung anstreben. Die Planungsannahmen, welche Sie getroffen haben, betreffend Steuern, Zinsentwicklung und die Ausgabenentwicklung müssen sehr genau beobachtet und eingehalten werden. Dies sind unsere Ausführungen, danke fürs Zuhören.

Rolf Adam, Präsident: Besten Dank für diese Ausführungen. Gibt es jetzt Fragen im Raum zuhänden Frau Sutter?

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Es ist keine Frage, ich glaube Frau Sutter. Das ist eine strenge Diät, welche wir uns verordnen, wenn wir dem zustimmen. Es sind optimale Bedingungen, die wir brauchen, sei es beim Zins oder bei den Erlösen bei den Verkäufen. Wir müssen diese Landparzellen verkaufen, ansonsten reicht es nicht. Es müssen genug Steuern reinkommen und wir müssen ein bisschen mehr Einwohner haben. Diese werden nicht nur Geld bringen, sondern auch kosten, das haben wir in den letzten Jahren gelernt. Alles muss aufgehen und es dürfen nach 2019 keine grösseren Geschichten mehr kommen. Ich höre von der Gemeindeverwaltung, welche Platz braucht und noch mehr bräuchte. Ich höre etwas vom Lützelbachstaudamm, ich weiss nicht, was das kosten wird. Irgendwelche älter werdenden Leute werden auch mehr Platz brauchen, als wir jetzt haben. Ich kann mir gut vorstellen, dass es nicht einfach so nichts mehr geben wird nach 2019. Ich höre hier Alarmglocken und sehr mahnende Worte. Wir verordnen uns mit einem ja zum Schulhaus eine Diät, das ist klar.

Karoline Sutter, BDO: Wir haben die Planungsannahmen angeschaut. Wenn man um 100 Personen pro Jahr wachsen würde, dann müssen natürlich reale Bauprojekte dahinter stehen. Diese sind in Realisierung und die gibt es, das ist eine Planungsannahme, die stimmt. Das einzige, wo Sie hoffen müssen, sind die Steuereinnahmen von 2,5%, diese sind ambitiös. Aber es gibt etwas auf der Gegenseite, wo Sie es korrigieren können, und das ist die Ausgabenentwicklung. Wir haben die Planungen bis 2024 angeschaut. Ich habe Sandra Steiner genau gefragt. Ein Hallenbad kann auch viel Geld verschlingen. Man hat mir aber versichert, dass hier eine Grosssanierung gemacht wurde. Die Kindergärten, welche gemacht werden müssen, sind bereits drin. Für mich war es plausibel, ich habe eine Vorstellung davon, was eine Gemeinde für Ausgaben haben könnte. Dies ist in der Planung alles berücksichtigt, es ist nicht nur ein Hoffen. Diese Planungsannahmen haben Hand und Fuss aus unserer Sicht.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Wir haben es gehört und wir konnten es lesen. Wenn wir diese drei Grundstücke, welche immer wieder genannt werden, nicht verkaufen, ist das Schulhaus nicht finanzierbar. Wir könnten das Land nicht einmal im Baurecht abgeben. Das fände ich noch verantwortlich, damit man preisgünstige Wohnungen dort erstellen könnte. Auch das geht aber nicht, dann ist es nicht

finanzierbar. Man muss diese Grundstücke verkaufen und dann ist es eventuell finanzierbar. Das finde ich eine falsche Politik, das ist kurzsichtig. Wir haben noch andere Aufgaben zu lösen, soziale Aufgaben, nicht nur, in Anführungs- und Schlusszeichen, das Schulhaus. Das macht mir grosse Sorgen und damit komme ich nicht zurecht. Wir müssen diese Grundstücke verkaufen, das schleckt keine Geiss weg. Die SP kommt deswegen mit dem entsprechenden Antrag. Es sei denn, Herr Hoffmann kommt mit seinem Antrag, dass die Schüler nur lesen, schreiben und rechnen müssen. Dann könnte man sich die Aula, die Musikräume und die Werkstätten einsparen. Das wäre eine Lösung und ich hoffe, dass ein solcher Antrag kommt.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es noch weitere Fragen an Frau Sutter?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herzlichen Dank Frau Sutter für Ihre Darlegungen. Ich habe gestaunt, als ich vom Gemeinderat und von Ihnen von der Veräusserung des Finanzvermögens gehört habe. Ganz oben hiess es, dass es keine Notwendigkeit ist, sondern eine Vision, die gemacht werden kann. Jetzt ist es klar: Es muss. Wenn wir das erreichen wollen, dann müssen wir Allschwil verändern. Toni Lauber hat am Anfang gesagt, wenn wir dieses Projekt machen, dann erkennt man Allschwil nicht mehr. Es geht um die Areale Sturzenegger und Bettenacker. Ich habe schon mehrfach gesagt, dass es zwischen dem Zickzack und dem Wald keinen öffentlichen Spielplatz gibt. Wenn wir beide Plätze veräussern, dann ist es klar, dass ich Allschwil nicht mehr kenne, und die Kinder auch nicht mehr. Wir brauchen nicht nur die Planung zur Veräusserung zum Finanzieren, wir brauchen auch eine Planung, um lebenswert zu bleiben. Ich habe vorhin eine kleine Liste gemacht: Lukas Mussler, Muri, Engels, Peter Brack hatte zwei Kinder bei mir, Rolf und Philip Adam, Familie Morat, Werren, Keller und Zimmermann, alle haben auf dem Pausenplatz beim Bettenacker gespielt und gelernt Velo zu fahren, sie waren dort zuhause. Wenn dies alles veräussert wird, dann kennen wir Allschwil wirklich nicht mehr. Es gäbe noch andere Themen wie Schulwege und andere Sachen. Ich bin froh um die klaren Worte. Für mich ist es klar, dass Antrag 4 nicht zur Kenntnisnahme ist. Wir kennen nachher den Weg. Und ich werde Allschwil nicht mehr kennen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Es sind sehr viele Voten gefallen. Das Schulhaus ist für unsere Kinder. Es hiess immer, wir reden nur von einer Finanzierungsstrategie und nicht übers Bezahlen. Wir können es nur bezahlen, wenn dies eintritt, wenn diese Erlöse von den drei Grundstücken eintreffen. Wenn wir sie zu diesen Konditionen verkaufen können, erst dann ist es reell. Vorhin wurde vom sogenannten Drittel der Finanzierung geredet. Es sind ja nur noch CHF 10'000'000 da, der Rest sei für die Verschuldungsabnahme eingesetzt worden. Es ist also kein Drittel mehr da, sondern nur noch ein Sechstel oder noch weniger. Wir wälzen unseren Kindern einen grossen Schuldenberg ab. Wir überreichen ihnen ein Allschwil, das komplett zubetoniert ist. Das finde ich nicht lustig und nicht schön für unsere Kinder, diese Seite sollten wir nicht aus dem Auge verlieren.

Rolf Adam, Präsident: Besten Dank Frau Sutter für Ihre Ausführungen. Wenn keine Frage mehr da ist, dann verabschieden wir Sie nun. Wir kommen zur Detailberatung.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir waren bei der Finanzierung und ich ergreife nun die Gelegenheit und nehme Stellung aus Sicht der FDP-Fraktion zur Finanzierung des Schulhausprojekts. CHF 70'000'000 sind ein stolzer Betrag. Als Gegenleistung erhalten wir ein topmodernes Schulhaus, welches sich auf die Anforderungen, die sich später stellen werden und die wir uns jetzt noch nicht vorstellen können, anpassen kann, dies als Ersatz für zwei Schulhäuser, welche in die Jahre gekommen sind, wo es heute nicht mehr möglich ist, sie so anzupassen, damit sie den heutigen Anforderungen gerecht werden. Absolut zwingend ist es für uns, dass wir heute Abend der Bevölkerung volle Transparenz bieten. Dazu gehört auch die Aufklärung, wie die Finanzierung zustande kommen soll. Das sind nicht nur die drei Säulen, ein Drittel, ein Drittel, ein Drittel, sondern speziell bei der Säule mit dem Landverkauf, da müssen wir heute Abend sagen, dass wir vorhaben, das Sturzeneggerareal zu verkaufen und später auch das Bettenackerareal und das Areal vom Gartenstrasse-Schulhaus. Die FDP-Fraktion wartet gespannt auf das Freiraumkonzept, welches Aufschluss geben wird, welche Grünanlagen im Quartier des Bettenacker-Schulhauses nötig sind. Wir werden heute Abend nicht bereits über den Verkauf beschliessen, sondern wir können diese Schlussfolgerungen später noch einbauen. Dasselbe gilt für das Gartentrasse-Schulhaus. Kein Privater baut ein Haus, ohne dass er sich dazu verschuldet. Mit der vorgesehenen Finanzierung von einem Drittel Fremdkapital nimmt die Gemeinde Allschwil weniger Geld auf, als es ein Privater für sein Haus tun würde. Die Gemeinde kann sich das Schulhaus finanziell leisten und wird sich

über Jahre hinweg darüber freuen und wird für die Schüler und die ganze Bevölkerung attraktiver. Bauen wir dieses Schulhaus für die Allschwiler Kinder und die Bevölkerung.

Roland Naef, parteilos: Ich weiss nicht, was wir uns vorstellen. Auf der einen Seite wollen wir ein Schulhaus bauen und auf der anderen Seite kein Geld ausgeben, das geht nicht auf. Die CHF 70'000'000 stehen nun im Raum. Die CHF 55'000'000, welche am Anfang zur Diskussion gestanden sind, waren reine Baukosten. Jetzt haben wir noch das Beigemüse rundherum, und jetzt sind es CHF 70'000'000. Ich weiss nicht, was man sich vorstellt, woher diese CHF 70'000'000 kommen sollen. Man muss halt anfangen zu verkaufen. Es gibt Grundstücke in Allschwil, welche wir so nicht brauchen, wie wir es in unseren Träumen vorstellen. Jean-Jacques Winter, als du nach Allschwil gekommen bist, sah Allschwil auch nicht so aus wie heute. Wenn wir alle so denken würden, dann würden wir heute vermutlich noch auf den Bäumen leben. Wir brauchen dieses Schulhaus und wir müssen dieses Geld ausgeben. Ich schlage vor, dass wir den Antrag splitten in einen Antrag 4 und 5. Im Antrag heisst es, dass man auf die drei Säulen Stellung bezieht, dass man Verwaltungsvermögen, Fremdkapital und Veräusserungen vorsieht. Im Antrag 5 steht, dass der Gemeinderat, sofern er feststellt, dass es im Jahr 2015 dieses Geld braucht, dem Einwohnerrat die entsprechenden Vorlagen zu den entsprechenden Grundstücken bringen wird. Vielleicht gibt es 2015 ein ganz anderes Grundstück, welches wir verkaufen möchten. Oder es kommt ein Grossinvestor und will etwas, dann haben wir Abgaben vom Bebauungsplan. Es gibt auch überall noch Zonenvorschriften etc. Lassen wir es doch jetzt einfach mal geschehen und machen wir diesen Schritt, und Punkt.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Die Ziffer 4 ist zur Kenntnisnahme. Sie zeigt eine machbar und – ich gebe allen Recht –im heutigen Zeitpunkt eine notwendige Finanzierungsstrategie. Da kann man politischer Meinung sein, wie man will. Das ist mir klar und das akzeptieren wir, aber wir brauchen dieses Schulhaus, und wir müssen dafür etwas tun. Bevor wir uns verlieren in der Ziffer 4 möchte ich sagen, dass wir sie aus meiner Sicht auch ersatzlos streichen können. Die Finanzierungsstrategie steht in der Vorlage, die Sie erhalten haben. Die Ziffer 4 ist nur zur Kenntnisnahme des Einwohnerrates. Wenn wir ein Grundstück verkaufen möchten, dann liegt jedes Grundstück über CHF 3'000'000. Der Gemeinderat hat nur die Kompetenz für den Grundstückshandel bis CHF 3'000'000. Wenn es um CHF 6'000'000 geht, müssen wir es finanzieren. Das heisst, wir kommen zum Einwohnerrat mit dem Verkauf. Vorhin wurde das Freiraumkonzept angesprochen. Das Bettenackerschulhaus ist meines Wissens heute alles andere als frei. Meines Wissens ist es ziemlich durchbetoniert, das nur als Bemerkung. Es wird Quartierpläne geben, diese werden auch wieder zum Einwohnerrat kommen. Der Einwohnerrat beschliesst beim Quartierplanverfahren, wie das aussehen wird. Dies ist der Mechano. Wir wollten zeigen, dass man es finanzieren kann. Man muss es auch über die Deinvestition finanzieren. Ziffer 4 ist aber jetzt nur zur Kenntnisnahme.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde möchte ich mich kurz halten. Die CVP-Fraktion hat vor allem zwei Aspekte gesehen. Das geplante neue Schulhaus ist aufgrund der Einführung von Harnos und aufgrund der Altersentwertung der bestehenden Schulhäuser an der Gartenstrasse und beim Bettenacker zwingend notwendig. Das neue Schulhaus ist gemäss dem Bericht der BDO AG und dem Bericht der Fireko finanzierbar. Darum wird die CVP-Fraktion den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates folgen. Auch bei uns in der Fraktion hat dieses Thema lange und viele Diskussion mit sich gebracht. Jeder von uns hat bei diesem Schulhaus irgendeinen Punkt, wo er nicht ganz zufrieden ist oder den er persönlich anders machen würde. Jeder von uns ist in einer Partei, wo er niemals 100% mit dieser Meinung übereinstimmen wird. Das gibt es nicht und das wird es auch bei diesem Schulhaus nicht geben. Wichtig ist, dass es unter dem Strich stimmt und richtig ist. Für unsere Fraktion ist dies hier definitiv der Fall. Ich möchte zur Finanzierung sagen: Danke für das, was Roland gesagt hat. Bei uns hat sich die Mentalität eingeschlichen, dass wir das Weggli und den Batzen möchten. Wenn man etwas bauen möchte, dann kostet das, man kann nicht gratis bauen. Das ist die Finanzierungsstrategie, wie sie jetzt vorliegt und zum jetzigen Zeitpunkt stimmt und machbar ist. Sollten sich noch Änderungen ergeben oder drastische andere Sachen hineinfliesen, dann kann man immer noch mit geeigneten Massnahmen darauf Einfluss nehmen. So wie es heute ist, stimmt es für uns unter dem Strich. Wir bauen ein Schulhaus für die Zukunft und kommende Generationen, und nicht für uns.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion hatten innerhalb der Fraktion keine einheitliche Meinung. Wir haben uns auch sehr intensiv mit der Vorlage befasst. Wir waren uns allerdings einig, dass Schulhausbedarf besteht. Unbestrittenermassen besteht auch der Nachholbedarf an Investitionen. Es ist auch unbestritten, dass ein Wandel bei den Schulformen stattgefunden hat, wir haben vermehrt Kleingruppen und Harnos verlangt nach dem 6. Primarschuljahr. Wir begrüßen auch die Einführung der Tagesschule. Nun präsentiert uns der Gemeinderat ein Projekt mit CHF 65'000'000. Da ist die Fraktionsmehrheit der Meinung, dass dieses Projekt für Allschwil zu teuer und teilweise überhissen ist. Unsere Überlegungen sind folgende: Das Projekt hat fast 100 Unterrichtsräume für 24 Ganzklassen und 8 Kleinklassen. Wir sind, wie auch die EVP/Grüne-Fraktion, davon überzeugt, dass diese Räume unternutzt sein werden und häufig leer stehen würden. Beim entsprechenden Raumkonzept könnten zahlreiche Räume und Kosten eingespart werden. Wir leisten uns grosszügige Sporthallen mit Tribünen. Diese Tribünen dienen nicht dem Schulunterricht und sind entsprechend zu hinterfragen. Ebenso erachtet die Mehrheit von uns die 700-plätzig Aula als Luxus, der für den Schulbetrieb so nicht nötig wäre, auch wenn angeblich bis zum Ural solche Aulen üblich sind. Eine Mehrzweckhalle, also eine Umnutzung der Dreifachturnhalle, wäre sicher sehr viel günstiger. Das Volk hat bereits mehrfach in Abstimmungen kundgetan, dass es für den Gemeindezweck keine solche Aula wünscht. Wir haben auch gesehen, dass günstiger gebaut werden kann. Wir haben verschiedene Schulhausprojekte angeschaut, auch das Schulhausprojekt Stans, wo auch mit Minergie gebaut wurde. Auch Therwil rechnet bei einem halb so grossen Schulhaus mit Gesamtkosten von nur CHF 28'000'000, das wären also CH 56'000'000, wenn man es auf Allschwil hochrechnet.

Zur Finanzierung: Gemäss gemeinderätlicher Vorlage wird das Schulhaus zu je einem Drittel aus Vorfinanzierung, Neuverschuldung und Vermögensverkäufen finanziert. Ich bin sehr froh um das Votum von Gemeinderätin Nicole Nüssli, welche festgehalten hat, dass dieses Geld für die Vorfinanzierung nicht mehr ganz da ist. In Wirklichkeit werden wir uns hauptsächlich verschulden müssen, um dies zu finanzieren, und zu einem geringeren Anteil Vermögensverkäufe tätigen. Die Neuverschuldung, das hat der BDO-Bericht gezeigt, bringt Allschwil an den Rand der finanziellen Belastung. Die Verkäufe der letzten Grün- und Freiflächen in Allschwil werden unumgänglich sein, da sind wir uns sicher. Grünflächen werden unwiderruflich verloren gehen. Bestehende Grün- und Freiflächen werden teilweise an die Peripherie verdrängt. Abschliessend möchte ich sagen, dass der Preis, den Allschwil für das doch repräsentative neue Schulhaus bezahlen wird, zu hoch ist. Die Folgen eines Nein wären unseres Erachtens vertretbar. Es käme zu einer Verschiebung eines weiteren Jahres. Das wäre unseres Erachtens machbar, weil der planmässige Bezug des Schulhauses ohnehin erst 2016 erfolgt. Aus Harnos-Sicht ist dies ohnehin ein Jahr zu spät. Wir werden sowieso eine Übergangslösung brauchen. Weiter kommt dazu, dass der Sekundarschulteil des Bettenackerschulhauses für eine Übergangslösung auch zur Verfügung stehen würde. Es spielt wahrscheinlich keine allzu grosse Rolle, ob diese Übergangslösung ein oder zwei Jahre dauert. Gesunde Finanzen und der Erhalt von Grünflächen bringen der Bevölkerung wahrscheinlich mehr als ein teures Schulhaus. Unsere Fraktion ist grossmehrheitlich gegen dieses vorliegende Gemeinderatsprojekt. An dieser Stelle möchte ich nicht nur den Gemeinderat kritisieren. Wir möchten uns trotzdem herzlich bedanken für die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Wir haben die Präsentation zu schätzen gewusst in der Fraktion, wo uns ein Experte und eine Gemeinderätin das ganze Konzept sehr detailliert vorgestellt haben.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von der EVP haben uns auf die Fahne geschrieben, dass wir für den Erhalt von Grünflächen sind, dass die Steuern fair sind und wir die Finanzen im Griff haben. Das tönt ziemlich bürgerlich, zumindest der zweite Teil. Das Grünanlagenkonzept kommt leider zu spät. Wir sind jetzt daran abzustimmen, CHF 70'000'000 zu buchen, dann haben wir entschieden und dann müssen wir verkaufen. Ich nehme nicht an, dass die bürgerliche Seite plötzlich sagt, dass wir das Land nicht verkaufen und lieber Steuererhöhungen machen. Ich glaube, ich weiss, wie das herauskommt, wenn wir es hier im Einwohnerrat besprechen. Vorhin kam die Idee, dass wir abstimmen und es um ein bis zwei Jahre verzögern. Da wird ein Aufschrei durch gewisse Reihen gehen: „Ja nicht“. Wir haben auch gefragt, was es kosten wird. Das Provisorium wäre eine halbe Million pro Jahr. Ich habe das kurz überschlagen, CHF 70'000'000 durch 100 ergibt 700'000. Das heisst, wir sind dann bei CHF 700'000 pro Jahr für ein gebautes Schulhaus, es wird dann natürlich mehr sein, wenn man renovieren muss. Das Provisorium kostet CHF 500'000, das wäre also billiger. Das ist noch nicht so schlimm, abfedern könnte man es, so wie ich das jetzt begriffen habe, über Bettenacker oder andere Sachen. Die Welt würde nicht untergehen, aber dass es als Planer nervig ist, dafür habe ich Verständnis. Die Frage ist, ob es die Finanzen zulassen. Wir sind soweit, dass alle Landverkäufe bei uns im Einwohnerrat diskutiert werden müssen. Normalerweise sind die Linken eher für Steuererhöhungen und nicht für Landverkäufe. Diejenigen, die rechts sitzen, sind eher für Landverkäufe und weniger für Steuererhöhungen. Und da wir die Balance leicht rechts haben, wissen wir, wie es herauskommt, das heisst, es wird Land verkauft. Wenn wir jetzt für das Schulhaus sind, dann heisst dies den Verkauf des Sturzeneggerareals. Der Kindergarten ist gesichert, der Rest wird verkauft. Das bedeutet einen Fussballplatz weniger im Quartier.

Bettenacker wird auch verkauft, das bedeutet einen Spielplatz weniger im Quartier. Das Schulhaus ist ein Spielplatz und wird als solcher genutzt. Das Gartenstrasse-Schulhaus wurde bis jetzt vor dem Abriss bewahrt. Wenn es verkauft wird, dann ist dies nicht mehr gesichert, da rechne ich mit einem Abbruch, also auch wieder ein Spielplatz, der verloren geht. Sind Sie sich dessen bewusst? Sagen Sie das bitte auch den Wählern.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ganz am Anfang hat Toni Lauber "Schmürzeli-Projekt" gesagt, quasi als wollen wir das nicht. Es hat sich nach einem Tante-Emma-Laden angehört. Ich arbeite in einem pädagogischen Tante-Emma-Laden. Ich habe Angst und Mühe mit einem geplanten Einkaufszentrum. In ein Einkaufszentrum gehen meistens quartierfremde Leute, der Abhol- und Bringweg bedingt eine grosse Masse an Leuten. Man muss anstehen und es gibt Reibflächen. Das sind Sachen, die von der Schulleitung und anderen Mitglieder der Gemeinschaft, die dann dort sind, bearbeitet werden. Das Projekt sei längerfristig, habe ich gehört, 100 Jahre. Nach 25 Jahren kam Mäni Burkhardt zu mir wegen Ideen zur Veränderung, das war 1986. Man wollte bei uns aufstocken und andere Sachen machen. Vorhin habe ich von Minergie-P gehört, dass man dies ändern würde. Wir haben im Einwohnerrat grossmehrheitlich ein Postulat überwiesen, dass gemeindeeigene Bauten in Zukunft den neuen Minergie-P-Standard haben werden. Heute erfahre ich, dass es anders sein wird. Und ein Nebensatz fürs Protokoll und an die Schulleitung, wenn es so weit kommt, dass das Schulhaus steht. Wir haben bei uns drüben tolle Eigentumswohnungssiedlungen erhalten, vielleicht kommt Sturzenegger, vielleicht kommt Bettenacker oder vielleicht noch Schrebergärten mit noch mehr Häusern drauf. Denkt bitte daran, einen Schülerbus einzurichten oder bei jedem Schulzimmer drei Parkplätze.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich möchte noch etwas richtigstellen. Es wird immer von Harmos geredet. Harmos wird in Verbindung gesetzt mit 8 Kleinklassen. Das ist völlig falsch, Harmos will keine Kleinklassen. Das Sonderpädagogik-Konkordat, welches wir angenommen haben, möchte keine Kleinklassen mehr. Ich verweise auf die Stadt Zürich. Gestern oder vorgestern im Tagesanzeiger stand, dass sie keine Kleinklassen mehr haben und sie haben damit grossen Erfolg, die Evaluation hat es gezeigt. Wir reden von acht Kleinklassen und von Zukunft, das ist ein Widerspruch. Diese acht Zimmer braucht es sicher nicht für Kleinklassen. Vielleicht braucht es sie für andere Sachen, für Arbeitslehrplätze, für Psychomotorik-Therapie etc., aber sicher nicht für Kleinklassen. Da bleibt mir die Spucke weg.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Ich wurde vorhin zweimal unsanft unterbrochen bei meinen Ausführungen, obwohl ich nur Argumente für den Rückweisungsantrag geliefert habe. Ich fange deshalb nochmals schnell mit dem einen Punkt an, und zwar geht es um die Finanzierung. Wenn ich mir privat einen Fernseher leisten möchte, dann frage ich mich zuerst, wie viel Geld ich habe, welche Funktion der Fernseher erfüllen soll und dann hole ich Offerten ein. Im Fall des Schulhauses lief es anders. Zuerst wurden die Anforderungen formuliert, was wäre schön, was das Schulhaus erfüllen könnte. Dann hat man eine Ausschreibung gemacht und hat tolle Beiträge erhalten. Danach hat man angefangen auszurechnen, was es kostet und wie man es finanzieren kann. Das finde ich seltsam. In Basel-Stadt ist es Usus, dass man einen gewissen Kostenrahmen vorgibt für solche Bauprojekte, das wurde hier offensichtlich nicht gemacht. Darum ist bei mir ein Vorbehalt hier, ob nicht Sachen geplant sind, die man weglassen könnte, wenn man von Anfang an auf die Kosten wertgelegt hätte.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich habe langsam den Eindruck, dass wir uns im Kreis drehen. Ich fände es wichtig, wenn wir langsam zur Abstimmung schreiten würden. Ich beantrage Abbruch der Diskussion.

Rolf Adam, Präsident: Sie waren sowieso der Letzte. Wir kommen zur abschnittswisen Beratung. Mir liegen noch zwei Anträge vor. Wir werden während der Beratung gerade über die Anträge abstimmen.

Andreas Bammatter, 1. Vizepräsident: Wir mache es folgendermassen. Ich werde die Hauptnummern nennen und die Unternummern nur mit dem Text. Ich sage jeweils, welche Seiten betroffen sind. So können Sie, wenn Sie den Antrag stellen, sagen, auf welcher Seite es ist.

1. Einleitung

2. Ausgangslage

2.1. Gesamtstrategie

2.2. Sportplatz-Erweiterung im Brühl

2.3. Projektwettbewerb Schulhaus

2.4. Vorprojekt

3. Anforderungen an die Schul- und Sportinfrastruktur

3.1. Neue Herausforderungen im Schulbereich

3.2. Schulische Anforderungen an die räumliche Umsetzung

3.3. Tagesschule auf Primarstufe

3.4. Aula als Veranstaltungsraum für schulische und andere Anlässe

3.5. Dreifachsporthalle

3.6. Sportplatz (Fussballfeld) – Erweiterung im Brühl

3.6.1. Fussballplatz

3.6.2. Quartierplan Langmatten II

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich hoffe, ich komme richtig mit unserem Antrag. Wir haben einen Antrag formuliert, es haben es alle am Platz erhalten. Es gibt auch ziemlich viele Bürger in Allschwil, zukünftige Eltern und jetzt bereits Eltern, welche grosses Bauchweh haben, ihre Kinder bei 660 Schülern in die Schule gehen zu lassen. Heute hört man aus der Presse, auch bei viel kleineren Schulhäusern, was dort alles abgeht, von Mobbing über Keilerei usw. Das ist kein Fremdwort hier in Allschwil. Wir sind zu den Erwägungen gekommen, dass man ein neues Sicherheitskonzept ausarbeitet für diese Grösse. Es ist eine Altersstufe mehr dabei wie bis anhin, das gibt viele Probleme. Da geht es in Richtung Pubertät. Die Altersspanne wird grösser und die Schülerzahl ist extrem viel grösser. Die Aussenräume, wie man uns in der ersten VPK-Sitzung versprochen hat, konnten bei diesem Projekt nicht so umgesetzt werden, wie gesagt wurde. Es braucht ein Konzept, wie man die Aussenräume so halten kann, damit die Unterstufe und die Mittelstufe beim Pausenplatz klar getrennt werden können. Das ist jetzt bereits vorprogrammiert, das wird leider unschöne Sachen geben. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Simon, du rennst offene Türen ein. Du bist eigentlich schon im Haus drin. Ziffer 3.2. auf Seite 9: Eingehen auf mögliche Gefahrenquellen. Damit ist das ganze Thema in der Vorlage aufgenommen, zum Beispiel betreffend Schulwegsicherungskonzept, aber auch die Notwendigkeit nach differenzierten Räumlichkeiten oder Raumgestaltungen. Wir sind bereit, dies so entgegenzunehmen. Wir haben das im Gemeinderat auch besprochen. Wir werden die Aussenraumgestaltung noch entwickeln. Dort werden wir auf diese Anliegen Rücksicht nehmen. Ich habe es auch Ueli Keller gesagt, die Mitwirkung von Kindern werden wir andeuten. Wir werden dort mit der Gestaltung vom Aussenraum ein Sicherheitskonzept andeuten, Alterskonflikte berücksichtigen, Schulwegsicherheit ist im Bericht erwähnt, und die Velounterstände werden Gegenstand der weiteren Entwicklung des Projekts sein. Für uns ist das kein Problem, wir nehmen das so entgegen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Danke für die Antwort. Ich habe im letzten Satz etwas geschrieben, das massgeblich ist. Nämlich vor der Urnenabstimmung soll ein Konzept ausgearbeitet werden, damit diejenigen, die abstimmen und ihre Kinder dort in die Schule schicken sollen, beruhigt sein können, weil sie wissen, dass es berücksichtigt wurde. Zu sagen, dass man bestehende Hausregeln hat für ein Schulhaus, das einen Drittel so gross ist wie das, das kommt, kann man nicht 1:1 ummünzen, das funktioniert nicht. Man konnte dies auch der Presse entnehmen. Man empfiehlt heute nicht mehr so grosse Schulhäuser zu bauen, sondern eher kleine. Es war ein grosser Artikel zu diesem Thema. Wir können es machen, aber wir müssen sehr sorgfältig sein bezüglich der Sicherheit der Kinder. Das hat

oberste Priorität aus meiner Sicht, neben dem Finanziellen. Das kann man mit Geld nicht mehr gut machen, was dort kaputt gemacht wird, wenn es so weit kommt. Dann können wir das Geld auf die Seite legen, da gibt es dann andere Schäden.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Simon, du hast einen Antrag gestellt, der lautet: Der Gemeinderat wird gebeten, ein Sicherheitskonzept für das neue Schulhaus auszuarbeiten. Wir sind bereit, dies zu machen. Jetzt sagst du, dass der letzte Satz wichtiger ist als der Antrag, den du stellst. Das wird schwierig, wir werden das bis zur Volksabstimmung nicht präsentieren können, weil bis dahin die Aussenraumgestaltung nicht gegeben ist. So muss ich ein Fragezeichen dahinter setzen. Ich meine nicht, dass es für die Volksabstimmung bereits vorliegen muss. Wir können dies nachher bei der Ausarbeitung des Projekts miteinander angehen. Wenn du jetzt sagst, es sei nur erfüllt, wenn es an der Urne, also am 9.6., vorliegt, dann müssten wir beantragen, diesen Antrag abzulehnen. Das bedeutet aber, dass wir es trotzdem machen bei der Weiterentwicklung des Konzepts.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Okay, wir lassen den untersten Satz mal weg. Aber bitte lasst es nicht weg bei der Wahlempfehlung. Ich möchte dieses Thema angesprochen haben. Das Thema ist wichtig und es ist nicht zu unterschätzen.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag? Das ist nicht der Fall, wir stimmen über den Antrag ab. Sorry, er wurde ja bereits angenommen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die Schule hat die Aufgabe, die Kinder so zu erziehen, dass sie miteinander auskommen, über die Jahrgänge hinweg. Das kann man doch nicht erreichen, indem man sie trennt. Sie müssen sich begegnen, und dann kann man das Ziel erreichen. Es ist eine eigenartige Pädagogik, Kinder zu trennen, und gleichzeitig sollen sie miteinander auskommen. In einem Primarschulhaus die Kinder zu trennen, das geht mir nicht in den Kopf.

Andreas Bammatter, 1. Vizepräsident:

4. Projekt

4.1. Schulhaus Gartenhof Projektwettbewerb

4.1.1. Projektbeschreibung

4.1.2. Projektorganisation

4.2. Sportplatz – Erweiterung im Brüel

4.2.1. Projektbeschreibung Gemeindeanlagen

4.2.2. Projektbeschreibung Vereinsanlagen

4.2.3. Projektorganisation Sportplatzenerweiterung im Brüel

Rolf Adam, Präsident: Seite 16, 4.1.1.7 Klassenzimmerstruktur, hier haben wir einen Antrag der VPK. Mit 4:2 Stimmen beschliesst die VPK, die Kosten für flexible Wände zwischen Klassenzimmer und Gruppenraum berechnen zu lassen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir haben diesen Auftrag entgegengenommen und erfüllt. Wir kommen auf einen Nettobetrag von Mehrkosten für die Faltwände, die die Regale ersetzen würden, von rund CHF 650'000, wir haben noch etwas abgezogen. Wenn die Faltwände in einer Qualität sind auch bezüglich Schalldichte, dann müssen wir mit erheblichen Mehrkosten rechnen. Das ist ein Nettobetrag, den ich jetzt genannt habe, es kommt wieder etwas in Abzug. Der Mehrbetrag ist sehr hoch.

Rolf Adam, Präsident: Gut, dann ist das hinfällig.

Andreas Bammatter, 1. Vizepräsident:

5. Kosten

5.1. Schulanlage Gartenhof mit Sportplatzweiterung im Brüel

5.1.1. Gesamtkostenaufstellung nach Baukostenplan

5.1.2. Kennwerte

5.1.3. Minergie P

5.1.4. Photovoltaikanlage

Armin Bieri, VPK-Präsident: Die Photovoltaikanlage ist keine Diskussion, das wollen alle. Die VPK stellt den Antrag mit 5 zu 2 Stimmen, dass dies noch nicht fix gegen Aussen vergeben wird, sodass wir diese Option offen lassen. Die Gemeinde kann dies zu einem späteren Zeitpunkt bauen oder dann immer noch auswärts vergeben. Der Antrag steht auch im VPK-Bericht.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben im Einwohnerrat und im Gemeinderat die Diskussionen bereits geführt, ob wir das selber bauen wollen oder an Dritte abgeben möchten. Wir haben auch einmal eine Interpellation dazu beantwortet. Die Meinung des Gemeinderates ist grundsätzlich diese, dass wir nicht selber investieren, sondern durch Dritte dies tun. Das ist unsere Strategie zurzeit. Wir nehmen das mit, was du sagst. Es ist für uns kein zwingender Antrag. Wenn wir Solarpanels installieren wollen, dann würde das in etwa CHF 1'100'000 kosten. Im Einzelfall liegt die Gemeinderatskompetenz bei CHF 42'000, dann wird dies der Einwohnerrat beschliessen, falls wir selber investieren würden. Wir nehmen das mit und werden es nicht direkt sofort an einen Dritten weitergeben.

Rolf Adam, Präsident: Herr Bieri, ziehen Sie den Auftrag zurück?

Armin Bieri, VPK-Präsident: Ich nehme an, dass es so angenommen wird, wie es Anton Lauber ausgeführt hat. Man kann den Antrag jetzt zurückziehen, es steht ja jetzt im Protokoll.

Andreas Bammatter, 1. Vizepräsident:

5.1.5. Finanzierung Sportplatzweiterung

5.2 Infrastrukturbeitrag für QP Langmatten II

5.3. Nebeninvestitionen

5.4. Nicht enthaltene Kosten

5.5. Betrieb und Unterhalt

5.6. Finanzierung

5.6.1. Aktuelle Planungsgrundlage (Finanzplan 2013-2017)

5.6.2. Aktueller Stand der Vorfinanzierung

5.6.3. Finanzierungsquelle

5.6.4. Fazit und angestrebte Finanzierungslösung

5.7. Nachnutzungen

5.7.1. Schulhaus Gartenstrasse

5.7.2. Schulhaus Bettenacker

6. Termine

6.1. Vorbereitung Sportplatz – Erweiterung im Brüel / Schulhaus

6.2. Realisation Schulhaus

6.3. Übergabe und Bezug

7. Anträge

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für den Neubau der Schulanlage Gartenhof, den Landkauf der Parzellen A-100 und A-103 GB Allschwil sowie die Sportplatzerweiterung im Brüel wird ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 69'600'000 inkl. MWST bewilligt.

://:

Diesem Antrag wird mit 27 Ja- und 9 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. Von der Kostengenauigkeit von plus/minus 5% wird Kenntnis genommen.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

3. Eine allfällige Baukostenteuerung (Zürcher Index der Wohnbaupreise; April 2012 = 126,5 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird mit 33 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

4. Der Einwohnerrat nimmt von der Finanzierungsstrategie Kenntnis (je rund ein Drittel aus der Vorfinanzierung, aus der Veräusserung von Finanz- und Verwaltungsvermögen sowie aus der Aufnahme von neuem Fremdkapital) und ermächtigt den Gemeinderat die entsprechenden Veräusserungen (Areal Sturzenegger, Grundstücke Schulhaus Bettenacker und Schulhaus Gartenstrasse) voranzutreiben.

Hier liegen zwei Anträge vor. Die beiden Anträge haben eine kleine Änderung der Formulierung vorgesehen, ich lege sie kurz auf den Visualizer.

Dies ist der Antrag der SP-Fraktion. Dort würde anstelle von „je“ „Mittel“ stehen und unten „Veräusserung zu prüfen“. Ich lese ihn kurz vor:

Geschäft 4099, Schulanlage Gartenhof mit Sportplatzerweiterung im Brüel. Antrag Änderung des Wortlautes Ziffer 4 der Anträge des Gemeinderates zum oben erwähnten Geschäft.

4. Der Einwohnerrat nimmt von der Finanzierungsstrategie Kenntnis (**Mittel** aus der Vorfinanzierung, Veräusserung von Finanz- und Verwaltungsvermögen sowie aus der Aufnahme von neuem Fremdkapital) und **beauftragt** den Gemeinderat die entsprechende **Veräusserungen zu prüfen**.

Ich lege noch den anderen Antrag auf.

Geschäft 4099, Schulanlage Gartenhof mit Sportplatzerweiterung im Brüel. Antrag Änderung des Wortlautes Ziffer 4 der Anträge des Gemeinderates zum oben erwähnten Geschäft.

4. Der Einwohnerrat nimmt von der Finanzierungsstrategie Kenntnis (vorwiegend Aufnahme von neuem Fremdkapital sowie aus Veräusserung von Finanz- und Verwaltungsvermögen) und beauftragt den Gemeinderat entsprechende Veräusserungen zu prüfen.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Es sind zwei relativ ähnliche Anträge. Wir ziehen unseren Antrag zurück zugunsten des Antrags der GLP/BDP-Fraktion.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich sage es nochmals, Jérôme. Auch wenn wir es heute nicht klar rübergebracht haben, wir haben nach wie vor die Vorfinanzierungen. Dort sind CHF 10'000'000 parat und mit CHF 10'000'000 haben wir in den letzten Jahren Schulden abgebaut, ansonsten würden wir auf einem höheren Niveau fahren. Heute sind wir daran, wir müssen veräussern können, desinvestieren. Das hat auch die BDO gesagt. Wir werden auch Fremdkapital aufnehmen müssen. Egal, wie wir die Ziffer 4 heute formulieren, es ist zur Kenntnisnahme und die Finanzstrategie als solche werden wir weiterverfolgen müssen. Das möchte ich hier klar betonen. Beschlossen wird wieder hier drin. Hier heisst es „vorwiegend Aufnahme von neuem Fremdkapital“. Ich kann dem folgen, wenn man sagt, dass man für die CHF 10'000'000 Vorfinanzierung Fremdkapital aufnimmt. Ich möchte, dass wir uns hier klar verstehen. So beisst uns diese Formulierung nicht.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der GLP/BDP-Fraktion ab.

://:

Dieser Antrag wird mit 14 Ja-, zu 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Die Anträge 1 und 3 unterliegen dem obligatorischen Referendum.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Das war ein Änderungsantrag zu Ziffer 4. Nun müssen wir noch über die Ziffer 4 abstimmen.

Rolf Adam, Präsident: Ich habe Ziffer 4 vorgelesen und den Änderungsantrag gebracht. Da ja beide hinfällig wurden, haben wir uns automatisch auf die normale Version gestützt, das war eine Gegenüberstellung. Wir stimmen dem Frieden zuliebe nun über Ziffer 4 ab.

4. Der Einwohnerrat nimmt von der Finanzierungsstrategie Kenntnis (je rund ein Drittel aus der Vorfinanzierung, aus der Veräusserung von Finanz- und Verwaltungsvermögen sowie aus der Aufnahme von neuem Fremdkapital) und ermächtigt den Gemeinderat die entsprechenden Veräusserungen (Areal

://:

Diesem Antrag wird mit 22 Ja-, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Es ist 22.00 Uhr, wir haben heute lange gearbeitet. Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend und schöne Ostern.

ENDE